



KOMMENTAR DES AFD-MDB MIT VIDEO-BEISPIELEN FÜR DIE SORGEN DER BÜRGER

Petr Bystron über Migrantengewalt und die totale Volksferne der SPD

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron kommentiert einen der größten Aufreger der vergangenen Woche, als die brandenburgische SPD-Politikerin Elfriede Handrick via ZDF erstaunlich offen erklärte, dass man nicht immer die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen müsse, da sie diese auch gar nicht verstehe ([PI-NEWS berichtete](#)). Und selbst wenn die Bürger Sorgen hätten, dann würden sie noch lange nicht das Recht haben, mit „Heil Hitler“ durch die Straßen zu laufen.

Damit habe sie laut Bystron in einem Statement gleich zwei Beispiele von völlig verfehlten Einstellungen geliefert, wie sie bei SPD-Politikern häufig vorkämen: Die völlige Abgehobenheit und Entfernung vom Volk sowie die Abwertung aller Bürger, die sich Sorgen über die sich rasant verschlimmernden Zustände in unserem Land machten, als „Nazis“.

Bystron zeigt in seinem Videokommentar anhand vieler Beispiele auf, was immer mehr Bürger beunruhigt. Es sind erschreckende Aufnahmen der zunehmenden Migranten-Gewalt auf den Straßen, bei der häufig Einheimische unbeteiligt zu Opfern werden. Immer brutaler, immer schockierender, immer grund- und wahlloser.

Der Youtube-Journalist Oliver Flesch hat diese Szenen in das Video hineingeschnitten und [auf seinem Kanal veröffentlicht](#). Petr Bystron bittet die zeitweilige suboptimale Tonqualität zu entschuldigen, aber er nahm seinen Kommentar spontan im Urlaub auf, kurz nachdem dieses Statement der SPD-Politikern im ZDF ausgestrahlt wurde, und hatte in dem Moment nur sein Smart Phone ohne Ansteck-Mikrofon bei sich.

Aber wichtig ist die Botschaft. Hunderttausende Menschen aus einem fremden und feindselig eingestellten „Kultur“- und „Religions“-Kreis sind in unser Land eingedrungen und zeigen immer öfter, was in ihren Köpfen tickt. Und die Gewalttaten, die wir in den vergangenen vier Jahren erlebt haben, dürften nur ein kleiner Vorgeschmack dessen sein, was noch auf uns zukommt.

[Für Tichys Einblick](#) ist die völlig realitätsfremde Haltung dieser Elfriede Handrick, die immerhin Schatzmeisterin im Vorstand des brandenburgischen Ortsverbandes Wustermark ist, typisch für den Niedergang der SPD:

So wird die SPD zum Sinnbild dafür, wie ein starres Weltbild und Ideologie nicht nur Herz und Verstand ausschalten, sondern offenbar auch den (politischen) Selbsterhaltungstrieb. So könnte ihr Ableben zumindest noch einen Sinn haben – als abstoßendes Beispiel für anderen Parteien, allen voran der CDU. Die leidet zwar weniger an Ideologien, aber umso mehr am Hinterherhecheln hinter dem von Ideologen bestimmten rotgrünen Zeitgeist und Realitäts-Verweigerung. Auch wenn die Hoffnung gering ist – vielleicht führt der Suizid der SPD ja doch noch zu einem Umdenken bei

der Union auf ihrem Weg in den Abgrund.

Man kann nur hoffen, dass das „Traumduo“ Stegner – Schwan als Parteivorsitzende gewählt wird. Das würde den Sterbevorgang dieser völlig überflüssig gewordenen Partei nicht unnötig hinauszögern.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Kramp-Karrenbauer erwägt Parteiausschluss von Maaßen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die CDU-Chefin und frischgebackene Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer lässt ihre Maske fallen und zeigt, wie sehr sie nach links und damit auch ihre Partei dorthin gerückt ist. So erwägt sie allen Ernstes ein Parteiausschlussverfahren gegen den früheren Verfassungsschutzchef und Mitglied der CDU-Werteunion Hans-Georg Maaßen. Gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe äußerte sie, dass sie bei ihm „keine Haltung“ sehe, die ihn mit der CDU noch wirklich verbinde.

Kramp-Karrenbauer sei als ehemalige Landesinnenministerin des Saarlands auch froh, dass Herr Maaßen keine Verantwortung mehr für den deutschen Verfassungsschutz habe. Die CDU sei eine Partei, die von einer „gemeinsamen bürgerlich-konservativen Haltung“ (!) getragen werde. Eine Politik unter dem Deckmantel der CDU zu machen, die den politischen Gegner vor allem in den eigenen Reihen sehe, werde dieser Haltung nicht gerecht.

Hans-Georg Maaßen reagierte äußerst gelassen auf diesen Vorstoß von Kramp-Karrenbauer. Es sei ihm ein Rätsel, wer ihr dazu geraten habe, solche Gedankenspiele zu formulieren. Es gebe in der Tat hohe Hürden für einen Parteiausschluss und er hätte im Leben nicht gedacht, dass diese Hürden ihn einmal schützen müssten. Einem Parteiausschlussverfahren sehe er gelassen entgegen.

Damit ist Maaßen in einer vergleichbaren Situation wie Thilo Sarrazin in der SPD. Mit dieser Aktion hat Kramp-Karrenbauer auch ein deutliches Signal an die letzten rechtskonservativen Wähler im Osten Deutschlands geschickt, die tatsächlich noch überlegten, ihr Kreuz bei der CDU zu setzen – diese Partei ist für sie absolut unwählbar geworden. Maaßen hatte in den vergangenen Wochen mit einigen Vorträgen und

Wahlkampfauftritten in Sachsen noch versucht, für eine Richtungskorrektur in der CDU zu werben. Dieses Vorhaben dürfte damit definitiv gescheitert sein.

Maaßen wies auch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Nicht er habe sich von den Positionen seiner Partei entfernt, sondern die CDU sei unter der früheren Parteivorsitzenden Angela Merkel „weit nach links gerückt“. Die CDU sei früher, im Gegensatz zu den dogmatischen Parteien des linken Spektrums, immer eine Partei der Vielfalt gewesen. Vom AKK-Vorstoß zeigt er sich überrascht:

„Dass AKK mit dieser Tradition brechen will, glaube ich nicht. Es würde mich sehr enttäuschen, denn ich hatte immer Hochachtung vor ihr.“

Doch, sie wird. Im [Spiegel ist zu lesen](#), wie links AKK tickt, indem sie die rechtskonservative Tea Party-Bewegung in den USA verurteilt, die auch ihren Anteil zum Wahlerfolg von Donald Trump beitrug:

Auf die Frage, ob sie Maaßen und der ultrakonservativen WerteUnion mit ihren Aussagen die gelbe Karte zeige, sagte Kramp-Karrenbauer: „Die Tea-Party-Bewegung in den USA hat die Republikaner ausgehöhlt und radikalisiert. Das wird die CDU, das werde ich als Vorsitzende, nicht zulassen. Es ist das gute Recht jedes Mitglieds, seine Meinung zu äußern. Der Versuch aber, eine gänzlich andere Partei zu schaffen, stößt auf meinen allerhärtesten Widerstand.“

AKK hat [mit diesem absurden Vorhaben](#) auch klargemacht, dass die CDU im Osten zu einer großen Links-Koalition bereit ist. Einen größeren Gefallen kann sie der AfD gar nicht tun als diese politische Amokfahrt gegen den gesunden Menschenverstand, den Hans-Georg-Maaßen in jeder Zelle seines Körpers verinnerlicht hat. Sollte dieses Ausschlussverfahren wirklich in Gang gesetzt werden, wovon nach dieser Ankündigung

eigentlich auszugehen ist, und anschließend womöglich auch zum Erfolg führen, dann dürfte Maaßen wissen, welche Partei in Deutschland seiner politischen Grundauffassung noch entspricht.

Spannend wird sein, ob die verbliebenen rechtskonservativen Politiker in der CDU weiter feige und opportunistisch ihren Mund zu diesem verheerenden Linkskurs halten, oder ob sich jetzt ein Aufstand der letzten Anständigen anbahnt. Einer der Wenigen, der [sich dies traut](#), ist Alexander Mitsch:

Der Vorsitzende der Werte-Union, Alexander Mitsch, sagte der Deutschen Presse-Agentur, ein Parteiausschlussverfahren wäre nicht nur unbegründet, sondern würde der CDU auch massiv schaden. „Herr Maaßen steht für die Hoffnung vieler Bürger und Unionsmitglieder auf die notwendige Politikwende, insbesondere für mehr innere Sicherheit.“

Man darf auf die nächsten Umfragen zu den Wahlen im Osten gespannt sein..



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016

Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Stefan Schubert: Eine Million Straftaten durch meist moslemische „Flüchtlinge“ in vier Jahren

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der frühere Polizist Stefan Schubert ist nach seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst Journalist und Buchautor geworden. Seine Bücher über Internes aus dem Polizeialltag, Banden- und Migrantenkriminalität wurden Bestseller. Für sein neues Werk [„Sicherheitsrisiko Islam“](#) las er erstmals den Koran durch. Als ich ihn im Gespräch fragte, was ihn bei seinen umfangreichen Recherchen zu seinem Werk am meisten erschütterte, antwortete er sofort „Der Koran“. Die dortige massive Diffamierung aller Andersgläubiger sowie die Gewalt-, Raub- und Tötungsbefehle seien die Grundlage für die meisten Probleme, die wir im Zuge der überproportionalen Migrantenkriminalität hauptsächlich mit Moslems hätten.

Stefan Schubert weist in [„Sicherheitsrisiko Islam“](#) nach, dass

eine alarmierende Vermischung des kriminellen Migrantenumilieus mit islamischen Terroristen stattfindet. Der Verfassungsschutz könne radikal islamische Organisationen nicht konsequent überwachen, weil die Politik einen stärkeren Fokus auf die AfD fordere. Bundeskanzlerin Angela Merkel hofiere die nationalistischen und fundamental-islamischen Grauen Wölfe, die Bundesregierung kooperiere mit moslemischen Judenhassern. Tausende, größtenteils moslemische Kriegsverbrecher seien als „Flüchtlinge“ nach Deutschland eingewandert.

Politik und Medien würden mit gezielten Desinformationskampagnen jegliche Islamdebatten verhindern. Kriminelle Araberclans würden wie eine moslemische Mafia in Deutschland auftreten. Kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak hätten sich in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und seien in der organisierten Kriminalität aktiv. Sicherheitsbehörden würden gezielt von radikalen Moslems und Araberclans unterwandert. Das Innenministerium warne in Geheimpapieren vor schweren Unruhen und Beobachter würden von einem „molekularen Bürgerkrieg“ gegen die einheimische Bevölkerung durch moslemische Zuwanderer sprechen.

Im Interview [mit der Jungen Freiheit](#) beschreibt Stefan Schubert den Islam als eine existentielle Gefahr für Deutschland und warnt vor dem „Gangster-Djihad“:

Bei den Tätern handelt es sich überwiegend um muslimische Männer und bei den Opfern beinahe ausnahmslos um Einheimische. Wenn man diese Gewaltexzesse analysiert, stößt man zudem fortlaufend auf die islamische Sozialisation der Täter, die für diese Männer weit mehr als eine Religion darstellt. Sie teilt Menschen in höherwertige Muslime und minderwertigere „Ungläubige“ ein, die es zu bekämpfen gilt. So vollzieht der Islam eine radikale Spaltung der Gesellschaft. Der Haß auf Juden, Christen, „Ungläubige“ und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie fortgeschritten sich

bereits eine islamisch motivierte Kriminalität in Deutschland abzeichnet, wird in [„Sicherheitsrisiko Islam“](#) ausführlich dokumentiert.

Laut Statistiken des Bundeskriminalamtes seien seit 2015 über eine Million Straftaten von sogenannten „Flüchtlings“ verübt worden, hauptsächlich Moslems. Die 20 Top-Herkunftsstaaten krimineller Zuwanderer würden von moslemischen Herkunftsländern wie Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Marokko, Somalia, Algerien und weiteren dominiert.

Die im Mainstream vorherrschende Schweigespirale zum Islam wird aber jetzt immerhin gelegentlich aufgebrochen. So hat die frühere Familienministerin Kristina Schröder in [ihrem wichtigen Artikel](#) „Natürlich hat die Gewalt von Migranten mit dem Islam zu tun“ für die WeLT die nicht zu leugnende Verbindung beschrieben. Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann stellte Anfang August nach den jüngsten unfassbaren Gewalt-Exzessen durch Migranten zumindest den [Zusammenhang mit den „Kulturkreisen“](#) her, aus denen sie kommen, in denen Konflikte „sehr viel schneller mit Gewalt“ ausgetragen werden würden.

Im Gespräch mit Oliver Flesch und mir berichtet Schubert auch von Gesprächen mit Verfassungsschutzmitarbeitern, die sich darüber beklagten, dass sie Moscheen nicht abhören dürften, da dies gegen die „Religionsfreiheit“ verstoßen würde. Der erste Teil des [hochinteressanten Interviews mit Stefan Schubert](#) ist bei „1984-Das Magazin“ zu sehen. Auch Jürgen Elsässer hat ein [Videogespräch mit Stefan Schubert](#) veröffentlicht. Das Buch „Sicherheitsrisiko Islam“ kann man u.a. [beim Kopp-Verlag bestellen](#).



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Auch „Süddeutsche“ verteidigt Megaphon-Schreierin Stieglmeier

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Fall der bei der linken Gegendemo zu einer AfD-Veranstaltung mit Gauland und Curio in

Eichenried als fast unzurechnungsfähig einzustufenden Dauer-Nazi-Plärrerin und Beleidigerin Helga Stieglmeier zeigt, wie völlig einseitig, wahrheitsverdrehend und bewusst verfälschend Mainstream-Medien immer wieder arbeiten. [Nach dem Münchner Merkur](#) hat nun auch die Süddeutsche Zeitung einen Artikel veröffentlicht, in dem die Grünen-Stadträtin und Kreisvorsitzende in Erding als vermeintlich wackere „Kämpferin gegen Rechts“ und Opfer von Drohmails dargestellt wird.

Darüber hinaus verbreitet das Prantl-Blatt in eindeutig politisch manipulierender Form Tatsachenverfälschungen. So behauptet Redakteurin Sara Maria Behbehani, dass ich u.a. gerichtlich verurteilt worden sei, weil ich auf einer Kundgebung ein Plakat „mit dem Foto des NS-Funktionärs Heinrich Himmlers“ gezeigt hätte. Erstens bin ich bei diesem Prozess in allen Instanzen freigesprochen worden. Zweitens war auf dem Plakat die Aussage Himmlers „Der Islam ist unserer Weltanschauung sehr ähnlich“ abgedruckt, womit wir eindeutig unsere Kritik am Islam und dem National-Sozialismus ausdrückten. Aber mit ihrer Formulierung deutet Behbehani unverschämterweise an, dass ich den National-Sozialismus propagiert hätte. Üble Kampf-Propaganda aus der Alpen-Prawda-Zentrale in München.

Dann behauptet sie, dass ich „wegen Volksverhetzung verurteilt“ sei. Auch das trifft nicht zu. Es gibt nur eine rechtskräftige Verurteilung aus Graz, wo ich für mein Zitat des Islamkritikers und Ex-Moslems Nassim Ben Iman „Jeder Moslem ist ein potentieller Terrorist“ wegen „Verhetzung“ verurteilt wurde. Den Begriff „Volksverhetzung“ gibt es in Österreich nicht. Ein Unrechts-Urteil des Amtsgerichtes Duisburg, das in meiner mittlerweile schon alltäglichen Verwendung der Begriffe „Invasion“ und „Asylschmarotzer“ aus dem Juli 2015 eine „Volksverhetzung“ sah, befindet sich noch in der Berufung und ist keinesfalls rechtskräftig.

Dann behauptet Behbehani, ich wäre zudem verurteilt, weil ich „Polizisten“ beleidigt hätte, was in der Mehrzahl ebenfalls

nicht zutrifft. Streng genommen nicht einmal in der Einzahl, denn es gibt nur einen einzigen [Vorfall aus dem Jahre 2013](#), als ich bei der Konfrontation mit einem unerfahrenen jungen Polizisten, der zuvor lange wohl mit Vorgesetzten telefonierte und mir dann eine Anzeige wegen einer scheinbar „unangemeldeten“ Versammlung aufbrummen wollte, im Wegdrehen „Leck mich am Arsch, was ist denn hier los“ sagte. Das war nicht gegen den Polizisten gemeint, der ja eindeutig mit der Situation unserer Spontan-Versammlung überfordert war, sondern auf die Situation bezogen, dass hier ganz offensichtlich auf Anweisung von oben eine Anzeige gegen mich angezettelt wurde, die im Übrigen auch nicht weiter verfolgt wurde. Trotzdem kam das Gericht zu dem Schluss, dass ich das so nicht hätte sagen dürfen.

Und schon glaubt die Süddeutsche Zeitung mir das Etikett „Polizisten-Beleidiger“ aufdrücken zu können, obwohl ich in den mittlerweile zehn Jahren intensiver öffentlicher Auftritte mit knapp 400 Kundgebungen und Infoständen schon viele intensive argumentative Auseinandersetzungen mit Polizei-Einsatzleitern hatte, aber noch NIE beleidigte.

Und SZ-Redakteurin Behbehani schreibt auch noch genüsslich, dass ich „mehrfach vorbestraft“ sei, wobei die Verurteilungen allesamt im Pillepalle-Bereich liegen. So hatte mich einmal eine bekopftuchte Moslemin wegen eines Fotos angezeigt, das ich von Gegendemonstranten veröffentlicht hatte, auf dem eine Gruppe von einem halben Dutzend Personen zu sehen war. Aber sobald ein Moslems klagt, wird eben oft in vorausgehendem Gehorsam verurteilt. Eigentlich war dies keine die Persönlichkeitsrechte verletzende Portrait- sondern eine legitime Gruppenaufnahme. Aber ich kann ein Lied davon singen, wie „gerecht“ es vielfach vor Gericht zugeht.

Diese Verurteilungen sind eben auch dazu geeignet, einen faktisch aufklärenden fundamentalen Kritiker des Politischen Islams zu diskreditieren, gesellschaftlich auszugrenzen und damit in seinen Wirkmöglichkeiten umfassend einzuschränken.

Solche politische Kampf-Propaganda kennt man noch aus den Zeiten des sozialistischen DDR-Unrechtsregimes. In manchen Köpfen der Süddeutsche Zeitungs-Redaktion scheint dieser linke Geist aber durchaus lebendig weiterzuleben.

Hier der Auszug aus [dem SZ-Verleumdungs-Artikel](#):

Eine Welle solcher Nachrichten erhielt sie nach einem Vorfall mit Michael Stürzenberger, einem islamfeindlichen Aktivisten, auf einer Gegendemonstration zu einer AfD-Kundgebung in Eichenried am 29. April. Stürzenberger ist mehrfach vorbestraft. Er zeigte sich auf einer Kundgebung mit einem Plakat, das ein Foto des NS-Funktionärs Heinrich Himmlers zeigte und beleidigte Polizisten. Zudem ist er wegen Volksverhetzung verurteilt und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Er schreibt Artikel für PI-News, einen rechtsextremen Blog, wo die Kontaktdaten des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zu finden waren.

Kein Wunder, dass auch die dauerkreischende Grüne Stieglmeier in der Süddeutschen Zeitung gut wegkommt. Die Sympathien für die Grünen sind in Mainstream-Medien weit verbreitet, aber dass ein solch klares Fehlverhalten einer furienartig auftretenden Versammlungsleiterin dermaßen ins Positive verdreht und damit gleichzeitig legitimiert wird, ist bodenlos:

Als Leiterin der Gegendemonstration zu jener der AfD benutzte Stieglmeier im April ein Megafon, um Stürzenberger als Nazi zu bezeichnen. „Ich kannte damals Stürzenberger und die PI-News“, sagt sie. „Und es ging mir um eine Schutzaktion.“ Sie habe die Menschen warnen wollen, da Stürzenberger Interviews führe, um diese auf PI-News zu veröffentlichen, ohne dass die Menschen wüssten, wer er und PI-News seien. Am 30. April schrieb Stürzenberger auf dem Blog das erste Mal über den Vorfall und veröffentlichte ein Video dazu. Zudem zeigte er Stieglmeier wegen Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung

und aufgrund der Lautstärke des Megafons auch wegen versuchter Körperverletzung an.

Auf diese Weise verfälscht die linksgrüne Mainstreampresse die Realität und täuscht die Bevölkerung. Die Grüne wird zu ihrer Sicht der Dinge befragt, der rechte Kontrahent wird dagegen nicht um eine Stellungnahme gebeten. Dann kommt so ein Mist heraus: „Schutz vor PI-NEWS“, geradezu lachhaft. Den größten unabhängigen Informationsblog im Internet, der sich dezidiert Pro Israel ausspricht und durch und durch demokratisch gesonnen ist, mit der infamen Beleidigung „Nazis“ zu versehen, ist eine bodenlose Unverschämtheit. Diese Grüne hat ganz offensichtlich ein psychisches Problem mit ihrem geradezu wahnhaften „Kampf gegen Rechts“, anders ist ihr irres Verhalten nicht zu erklären.

Unterdessen hat der Merkur in Erding den Abdruck meiner Gegendarstellung verweigert, mit dem lächerlichen Vorwand, sie würde „nicht den Anforderungen“ entsprechen. Der betreffende Schreiberling Hans Moritz ist dort sogar Redaktionsleiter und teilte mir mit, dass er mein Schreiben „als gegenstandslos betrachtet“. Ich antwortete ihm:

Sehr geehrter Herr Moritz,

Sie haben zwei gravierende Falschdarstellungen in Ihrem Text. Zum einen behaupten Sie, ich hätte „penetrant versucht, Stieglmeier zu interviewen“. Das ist nachweislich falsch. Ich gehe davon aus, dass Sie das Video angesehen haben, das zu dem Vorgang auf PI-NEWS veröffentlicht ist, da Sie ja auch diesen Artikel erwähnen.

In dem Video ist eindeutig zu sehen, dass ich ausschließlich Teilnehmer der Demonstration interviewe. Stieglmeier läuft mir vielmehr wie ein Dackel hinterher und schreit mich pausenlos mit ihrem Megaphon und dem in Bezug auf mich idiotischen Slogan „Nazi raus“ zu. Sie hat sich keinesfalls mit diesem Dauergeplärre gegen meine nicht vorhandenen

Interviewversuche ihr gegenüber gewehrt, sondern versuchte ausschließlich, mich zu beleidigen und unsere Interviews mit den Demonstranten zu behindern, was auch einen Eingriff in die Pressefreiheit bedeutet.

Zum Zweiten behaupten Sie, ich wäre ein „bekennender Islam-Hasser“. Woher haben Sie diese Falsch-Information?

Ich habe mich noch nie zum „Hass“ bekannt. Ich bin vielmehr ein sich auf Fakten stützender konsequenter und klarer Kritiker des Politischen Islams. Mehr nicht. Ich hasse niemanden und fordere auch Moslems bei jeder Kundgebung auf, am Verbot des Politischen Islams mitzuwirken, damit die Gewalt, der Terror, das Töten, die Frauenunterdrückung, der Hass auf Homosexuelle, Juden und weitere Andersgläubige endlich verschwinden.

Es wäre mehr als angebracht, diese Gegendarstellung und Korrektur Ihrer Falschbehauptungen zu veröffentlichen. Warum verweigern Sie dies?

Und warum haben Sie vor der Veröffentlichung Ihres überaus tendenziösen und subjektiven Artikels nicht bei mir als unmittelbar Beteiligtem nachgefragt, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen? Das wäre elementare journalistische Pflicht gewesen. Aber vielleicht sind Sie ja mehr an einseitiger politischer Propaganda als an objektiven Berichten interessiert?

Michael Stürzenberger

Dieser Vorfall mit der fast wahnsinnig auftretenden Grünen Stadträtin Helga Stieglmeier und der sie kritiklos unterstützenden Mainstream-Presse zeigt, wie massiv linksgrüne Schreiberlinge die Bevölkerung falsch informieren und in ihrem Sinne indoktrinieren. Der linke Marsch durch die Institutionen lässt es für rechtskonservative Patrioten geradezu eine Lebensaufgabe werden, die Verhältnisse in Deutschland wieder

vom Kopf auf die Füße zu stellen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ54060000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Der Fall Epstein: Selbstmord

oder doch heimlicher Auftragsmord?

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei jedem Selbstmord eines Politikers oder Prominenten, der in der Politikszene unterwegs war, dauert es höchstes einen Tag, bis die ersten Verschwörungstheorien unter der Decke hervorgekrochen kommen. Insbesondere, wenn sich das Geschehen in den USA abspielt. Zu groß ist das Misstrauen gegen den „tiefen Staat“, kriminelle Geheimdienste, ominöse Hochfinanzkreise, gewissenlose Politverbrecher oder andere geheimnisvolle dunkle Mächte, die vermeintlich das Geschehen aus dem Hintergrund steuern.

So auch beim Fall Jeffrey Epstein. Zu verlockend ist die Vorstellung, dass bekannte Persönlichkeiten Angst vor enthüllenden Fakten haben, die Epstein hätte ausplaudern können, und dann einen Mord in Auftrag geben. In einer Zeit, in der auch gerade in Deutschland einige Themen in der öffentlichen Diskussion von Politik & Medien manipuliert werden und manche Zensur-Zustände an den sozialistischen Unterdrückungsstaat DDR erinnern, liegt gerade auch bei nicht Wenigen im patriotischen Widerstand die Vermutung nahe, dass solche Mordverschwörungen in einem korrupt anmutenden, nur vermeintlich demokratischen Staat, möglich sind.

Gegenüber den Vereinigten Staaten gibt es ohnehin in manchen Kreisen große Vorbehalte, selbst wenn mit Donald Trump und den Republikanern nun Kräfte an der Regierung sind, die ebenfalls patriotisch und Islam-, Migrations- sowie EU-kritisch eingestellt sind. Zu lange währt das Misstrauen gegen die Supermacht, die eben von Manchen als „Besatzer“ und nicht als Befreier vom National-Sozialismus und jahrzehntelanger Bündnispartner, sondern irgendwie doch immer noch als damaliger Kriegsgegner angesehen wird. Ich halte solche Betrachtungsweisen für äußerst schädlich und werde mich immer entschieden dagegen aussprechen, auch wenn ich dafür aus

Teilen der Widerstandsbewegung Gegenwind bekomme.

Es steht hier viel mehr auf dem Spiel als unterschiedliche Ansichten darüber, was in einem demokratischen Staat an verbrecherischen Aktivitäten durch Regierungs- und Geheimdienstkreise möglich ist, ohne aufgedeckt zu werden. Es geht vor allem um die Verortung der Feindbilder, um die Identifizierung der Gegner und der Probleme, denen wir gegenüberstehen. Wer glaubt, dass 9/11 ein Werk von Bush, CIA, FBI & Co war, richtet seinen Blick nicht mehr auf den islamischen Terror. Wer glaubt, dass Kennedy von Wall-Street-Kreisen und/oder Geheimdiensten ermordet wurde, erkennt nicht mehr die kommunistische Gefahr, die der Mörder Lee Harvey Oswald verkörperte. Wer Pearl Harbour als von der US-Regierung und Militärs zugelassene Invasion ansieht, identifiziert nicht mehr die damalige gewissenlose diktatorische Macht Japan als hinterhältigen Angreifer, die an der Seite des National-Sozialismus einen Weltkrieg führte.

Interesse an solchen Verschwörungstheorien haben vor allem Kommunisten, Sozialisten, National-Sozialisten und Moslems, die dadurch allesamt ihr Feindbild USA bestätigt sehen und sich selbst aus der Täterschaft herausziehen können. Leider muss man feststellen, dass solches Gedankengut ganz offensichtlich auch in patriotischen Kreisen weit verbreitet ist. Oliver Flesch hat nach meinem Streitgespräch mit Oliver Janich, der allen Ernstes glaubt, 9/11 sei eine Komplet-Manipulation der Geheimdienste gewesen und es habe gar keine Flugzeuge gegeben, den Kommentarbereich von Youtube analysiert und musste feststellen, dass gut 85% Janich zustimmten. Im Fall Epstein hält Janich es gar für möglich, dass jener noch lebt und auf eine Insel geschafft wurde, damit die Aufklärung des Skandals verhindert werden kann.

Fakt ist, dass derzeit mit Hochdruck geklärt wird, was in diesem New Yorker Gefängnis alles falsch lief. Justizminister William Barr hat sich in die Untersuchungen eingeschaltet, bei der sämtliche Vorgänge im Detail beleuchtet werden. Es gab

offensichtlich Nachlässigkeiten und Falschbeurteilungen nach dem ersten Suizidversuch von Epstein Ende Juli. So sei die besondere Beobachtung nach nur wenigen Tagen wieder eingestellt worden. Laut den Richtlinien hätten die Wärter alle 30 Minuten nach Epstein sehen müssen, was Ermittlern zufolge aber in der Nacht von Epsteins Tod während mehrerer Stunden nicht geschehen war. Eine offensichtliche Nachlässigkeit, für die sich die Beteiligten nun verantworten müssen. Auch der Direktor des Gefängnisses wurde beurlaubt, damit die Integrität der Ermittlungen geschützt werden kann.

Aber anzunehmen, ein Mörder könnte vom Aufsichtspersonal des Gefängnisses in New York mit Billigung der Leitung durchgelassen werden und alle würden konspirativ dorthalten, hat schon eine ganz andere Dimension. Zudem würde ein Mord überhaupt keinen Sinn machen, da mittlerweile gut 35 Frauen aufgetaucht sind, die bereit sind, über die damaligen Vorfälle zu reden. Auch diese Frauen müssten jetzt allesamt umgebracht werden, damit keine unerwünschten Informationen über den Missbrauch an minderjährigen Mädchen und die unerlaubte Prostitution ans Licht kommen.

Oliver Flesch brachte noch einen anderen wichtigen Punkt vor: Wenn Epstein einen Mord zu befürchtet gehabt hätte, dann wäre er mit Sicherheit so klug gewesen, seine Informationen einem Anwalt zu übergeben, damit er sich schützen kann.

Trotzdem wollen es viele Menschen glauben, dass in den USA so eine Mord-Verschwörung problemlos durchführbar ist, ohne dass dies aufgedeckt wird. Jeder, der von so etwas überzeugt ist, sei an die Watergate-Affäre erinnert, bei der ein moralisch empörter Mitarbeiter die Informationen anonym an die Presse weitergab, was den Fall des Präsidenten Nixon zur Folge hatte. Und dieser Ausspähungs-Skandal des politischen Gegners hatte eine weit geringere Dimension als ein Mord. Alleine schon deswegen ist es ausgeschlossen, dass Kohorten von Mitwissern an einer ominösen 9/11-Verschwörung, bei der 3000 Landsleute teils extrem grausam zu Tode kommen, in diesem hochgradig

patriotischen Land 18 Jahre lang schweigen.

Manche „Truther“ führen das Manhattan-Projekt an, bei dem Wissenschaftler in den USA ab 1942 abgeschottet an der Atombombe arbeiteten und auch vermeintlich alle dichtschnitten. Aber selbst in diesem Fall, bei dem alle Involvierten ein sowohl im nationalen als auch im beruflichen Sinne großes gemeinsames Interesse an der Geheimhaltung hatten, gab der deutsch-britische [Kernphysiker Klaus Fuchs](#) die Informationen an die Sowjetunion weiter.

Als großer Fan der Wissenschaft und des technischen Fortschritts, insbesondere in der Weltraumfahrt, macht es mich fassungslos, dass bis heute Millionen von Menschen an die absurde Manipulation der Mondlandung in einem Filmstudio glauben. 400.000 Mitarbeiter bei der NASA, hunderte Angestellte in der Raumfahrtzentrale in Houston, zwölf Astronauten auf dem Mond, alle sollen bis heute bei der größten Täuschung in der Menschheitsgeschichte dichtschnitten?

Aber wer glauben will, der glaubt. Auch wenn die Mondfahrzeuge und andere Reste der vier Lande-Missionen bis heute auf dem Mond zu sehen sind, sind diese Aluhut-Träger davon überzeugt, dass alle Fotos und Teleskopaufnahmen gefälscht seien. Auf diese Weise glauben auch wirklich tiefgläubige Menschen – nicht nur Moslems, sondern sogar auch manche bibeltreue Christen – dass die Erde eine Scheibe sei und alle Aufnahmen aus dem Weltall manipuliert seien.

Bis heute werde ich von Truthern regelrecht angefeindet, wenn ich klarstelle, dass 9/11 mit absoluter Sicherheit einer von tausenden islamischen Terror-Anschlägen war. Der eben nur einen größeren Umfang hatte, bei dem Verschwörungstheoretiker genügend Einfallsreichtum haben, um ihre halbgaren abenteuerlichen Thesen vermeintlich zu bestätigen. Verschwörungstheorien sind wie Religionen und haben teilweise total fanatische Anhänger, die bitterböse werden können, wenn ihr Glauben in Zweifel gezogen wird.

Auf „1984“ hat Oliver Flesch unser [Gespräch zum Fall Epstein veröffentlicht](#), in dem wir noch auf andere Nebenaspekte eingegangen sind, beispielsweise die Frage, ob Epstein pädophil war. Ich berichte auch von hochinteressanten Begegnungen mit Patrioten auf Mallorca, die zeigen, dass die „Familie“ weiter wächst und mehr Anhänger hat, als es auf den Straßen sichtbar ist.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Nazi-plärrende Grünen-Stadträtin aus Erding präsentiert sich als Opfer

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Helga Stieglmeier ist nicht nur Stadträtin der Grünen in Erding, sondern auch noch deren Kreisvorsitzende. Um in solche Ämter gewählt zu werden, sollte man eigentlich eine gewisse Souveränität, Reife und Charakterstärke besitzen. Ganz offensichtlich nicht bei den Grünen. Ihr Dauergekreische mit dem Megaphon, ihre hartnäckige Störung eines Kamerateams und ihre heftigen Beleidigungen bei der am 29. April [von ihr geleiteten Gegendemo](#) zur AfD in Eichenried verstoßen zudem gegen alle Eigenschaften, die ein Versammlungsleiter aufweisen sollte. Zumal sie laut Information der Staatsanwaltschaft Landshut offensichtlich erst sechs Tage vor dieser Veranstaltung von der Stadt Erding eine Auflage erhalten hat, dass sie das Megaphon bei Versammlungen nicht zur lautstarken Agitation in direkter Kopfnähe verwenden darf.

Aber diese Helga Stieglmeier präsentierte sich dem Erdinger Merkur nun als armes Opfer, das von „Rechten“ Hassmails erhalte. Dabei habe sie sich gegen mich doch „zur Wehr setzen“ müssen, da ich sie „penetrant zu interviewen“ versucht habe. Ein klassischer Fall von Fake News bei einem Mainstream-Medium. Wenn der Merkur-Reporter Hans Moritz auch nur ansatzweise die Grundsätze des Journalismus befolgt hätte, dann wäre eine Rückfrage beim zweiten Beteiligten selbstverständlich gewesen, um den wahren Sachverhalt herauszufinden.

Auch das Betrachten [des sechsminütigen Videos](#) hätte ihm gezeigt, dass hier eine schier dem Wahnsinn nahestehende Person dauerplärend mit dem Megaphon herumrannte und sich wie eine wilde Furie gebärdete. Sie schaffte es, in einer Minute

35 Mal „Nazis raus“ zu schreien, was bei meinem etwa zehn Minuten dauernden Interview-Versuch mit Gegendemonstranten eine Zahl von insgesamt mindestens 200 „Nazis raus“-Schreien bedeutet.

Im Merkur stellt Moritz das Verhalten der furienhaften Grünen-Stadträtin, das an der Grenze der geistigen Zurechnungsfähigkeit liegt, aber ganz anders dar:

Als Gegenkundgebungsleiterin hatte Stieglmeier mit einem Megafon hantiert. Michael Stürzenberger, der als harter Islam-Kritiker gilt, mehrfach vorbestraft ist und Autor auf der rechtsextremen Online-Plattform PI News ist, hatte an dem Abend penetrant versucht, Stieglmeier zu interviewen. Die hatte sich mit „Obernazi“-Rufen durchs Megafon zur Wehr gesetzt. Stürzenberger behauptete danach, seine Gesundheit sei durch die Lautstärke beeinträchtigt worden. Zudem fühle er sich beleidigt.

Dem Merkur, in dem ich auch noch als „bekennender Islam-Hasser“ bezeichnet wurde, schickte ich aufgrund der Falschdarstellungen [in seinem Artikel](#) eine Gegendarstellung:

Sehr geehrte Redaktion des Erdinger Merkurs,

in Ihrem Artikel „Hassmails und Drohungen gegen Stieglmeier“ vom 12. August behauptet Redakteur Hans Moritz, ich sei ein „bekennender Islam-Hasser“. Dies ist unrichtig, denn ich bekenne mich vielmehr zur Kritik an den gefährlichen Bestandteilen des Politischen Islams. Keineswegs „hasse“ ich, sondern spreche als Journalist ein für die Sicherheit der Bürger unseres Landes enorm wichtiges Thema an, was viele Mainstream-Medien sträflich versäumen.

Zudem behauptet Moritz in seinem Artikel, ich hätte „penetrant versucht, Stieglmeier zu interviewen“ und sie hätte sich mit ihren Nazi-Rufen durchs Megaphon nur „zur Wehr gesetzt“. Auch das ist falsch. Wie in dem Video der

Veranstaltung zu sehen ist, lief sie meinem Kameramann und mir ständig hinterher, während wir versuchten, Gegendemonstranten zu interviewen.

Dabei schrie sie zeitweise so laut durch das Megaphon, dass es Rückkopplungen in schmerzhafter Lautstärke gab. Ich hatte ihr zuvor mehrfach erklärt, dass ich Wiedergründungsmitglied der Weißen Rose und entschiedener Gegner des National-Sozialismus bin. Trotzdem rief sie mir etwa 200 mal „Nazi raus“ ins Ohr und beleidigte mich als „verurteilten Nazi“ sowie als „Obernazi“.

Die Staatsanwaltschaft Landshut hat meine Anzeige gegen Helga Stieglmeier [bekanntlich eingestellt](#), da „kein öffentliches Interesse“ an der Strafverfolgung gegeben sei. Dieses Interesse wäre aus der Sicht der staatsdienenden Juristen mit Sicherheit gegeben gewesen, wenn die Rollenverteilung umgekehrt gewesen wäre und ich mit dem Megaphon einer Grünen Stadträtin dauerschreiend und beleidigend hinterhergerannt wäre. Dann hätte es auch nicht geheißen, dass die Schuld „als gering anzusehen“ wäre. Auch die „emotional aufgeladene Situation vor Ort“ und der „geringe Schuldgehalt der verwirklichten Straftatbestände“ wären niemals für eine Einstellung berücksichtigt worden, wenn ich der Täter gewesen wäre. Ich wäre mit absoluter Sicherheit vor Gericht gelandet und dort höchstwahrscheinlich auch verurteilt worden.

Die Staatsanwaltschaft Landshut behauptet zudem, dass Stieglmeier „bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten“ sei. Dem ist aber augenscheinlich nicht so, denn sie hat Ende August 2013 einen Teilnehmer einer NPD-Wahlveranstaltung in Erding als „Arschloch“ beleidigt, wofür sie einen [Strafbefehl über 400 Euro erhielt](#). Mit der Einstellung meiner Strafanzeige ist laut Merkur daher auch der AfD-Kreisvorsitzende in Erding keinesfalls einverstanden:

Sie wirft aber nicht nur Stürzenberger vor, die politische

Pöbelei zu verbreiten und damit andere anzustacheln. Auch den Erdinger AfD-Kreisvorsitzenden nennt Stieglmeier in diesem Zusammenhang. Der distanziert sich zwar auf seiner Facebookseite von der Hetze. Doch dann folgt ein großes Aber: Er wirft der Grünen vor, „selbst gegen rechts zu hetzen“. Er kritisiert wie Stürzenberger die Einstellung der Strafanzeige. Mit dem Kampf gegen Rechts befeuere Stieglmeier die Attacken gegen Personen und Sachen der AfD. Wörtlich spricht Kellermann von „geistiger Brandstiftung“. Da dürfe man sich dann über (Hass-)Mails nicht wundern.

Zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens habe ich der Staatsanwaltschaft Landshut eine Beschwerde zugeleitet. Wir dürfen das zweierlei Maß, das hierzulande ganz offensichtlich angelegt wird, niemals akzeptieren und müssen alles uns Mögliche unternehmen, damit das Recht auf allen Ebenen objektiv durchgesetzt wird.

Kontakt zum Merkur:

» info@merkur.de



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-

Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ540600000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



„1984“ – neues Portal für gelöschte und zensierte Videos

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | **Update:** Jetzt mit Teil 2 und 3 des **Video-Gespräches!** Derzeit befinde ich mich bei Oliver Flesch auf Mallorca, da dort ein Arbeitstreffen für das [neue Portal „1984“](#) stattfindet, eine Mischung aus Magazin, Videoplattform und sozialem Netzwerk. Motivation für diese Neugründung war in erster Linie die immer schlimmer werdende Zensur bei Youtube, Facebook und anderen sozialen Medien.

Ich selber bin gerade auch mehrfach davon betroffen: So wurde ich bei Facebook für 30 Tage gesperrt, da mein Interview (!) mit Tommy Robinson aus dem September des vergangenen Jahres anlässlich der Verleihung der Auszeichnung „Europäischer Patriot des Jahres“ jetzt in das Visier der Blockwarte geriet und aus welchen Gründen auch immer den Community-Richtlinien „widerspreche“.

In dieser Hinsicht dürfte das von Joachim Steinhöfel [erreichte Urteil](#) beim Oberlandesgericht Oldenburg künftig Besserung versprechen, denn Facebook wurde dazu verurteilt, die Gründe für jede Sperrung angeben zu müssen. Dies zählt zwar zunächst nur für die Nutzer im Bereich des OLG Oldenburg, ist aber schon einmal ein Anfang.

Youtube hat kürzlich auch einige Videos der BPE-Kundgebungsserie in Nordrhein-Westfalen aus unerfindlichen Gründen gelöscht, die wir jetzt bei „1984“ erneut hochladen und veröffentlichen können. Es ist nun auch möglich, Gespräche und Interviews aufzunehmen, bei denen man nicht aus Angst vor dem über einem schwebenden Damoklesschwert der politischen Korrektheit hochvorsichtig mit angezogener Handbremse zwischen den Zeilen formulieren muss. Es ist höchste Zeit, dass wir die Dinge klar beim Namen benennen: Der Politische Islam ist die größte ideologische Gefahr, mit der die Menschheit konfrontiert ist, gefährlicher als Kommunismus und National-Sozialismus zusammen.

Hierzu habe ich mit Oliver Flesch ein Gespräch geführt, dessen Grundlage ein Studio-Interview im jordanischen Fernsehen war. Dort ließ sich ein islamischer Gelehrter ganz offen über die Pläne zur Islamisierung Deutschlands und Europas aus. Alles, was er zur geplanten Unterwerfung der „Ungläubigen“ sagte, entspricht exakt der islamischen Ideologie, so wie sie im Koran in zeitlos gültiger Befehlsform niedergeschrieben ist.

Zudem stellte der Mohammedaner auch klar, dass der Dihad gegen Israel genauso erbarmungslos geführt werde wie gegen Europa: Unterwerfen sich die „Ungläubigen“ nicht, werden sie vernichtet.

Unfreiwillig komischer Höhepunkt der Sendung war, als ihn die (kopftuchlose) Moderatorin fragte, ob er nicht nachvollziehen könne, dass die Völker Europas Angst vor dem Islam hätten, und er entgegnete, die Völker wollten den Islam ja, nur die Regierungen nicht (!).

Oliver Flesch hat unser ausführliches Gespräch, in dem wir auch aktuelle Themen und Grundsätzliches wie die völlig kontraproduktiven diversen Verschwörungstheorien zu islamischen Terroranschlägen angesprochen haben, die immer wieder den Blick vom alleinigen Verursacher – dem Politischen Islam – auf irgendwelche angeblichen obskuren dunklen Mächte im Hintergrund richtet, was letztlich nur den Interessen von moslemischen Funktionären und notorischen USA-Gegnern in die Hände spielt, in drei Folgen aufgeteilt. [Hier Teil 1.](#)

Update: [Teil 2](#) und [Teil 3](#).



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Staatsanwaltschaft stellt Verfahren gegen tobende Grüne Stadträtin ein

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die für die Grünen im Erdinger Stadtrat sitzende Helga Stieglmeier ist nebenbei eine geradezu fanatische Antifa-Aktivistin. Mit dem Megaphon lief sie am am 29. April in Eichenried bei Erding während ihrer Gegendemo zu einer AfD-Veranstaltung, bei der u.a. Alexander Gauland und Gottfried Curio auftraten, wie eine Besessene herum und plärrte in einer fast geistesgestört anmutenden Penetranz „Nazis raus“.

Während ich versuchte, zusammen mit dem Kameramann Stefan Bauer Interviews mit den Demonstranten zu führen, gebärdete sich Stieglmeier wie eine Furie und schrie sowohl Stefan Bauer als auch mich aus kürzester Nähe mit ihrem Megaphon so laut an, das sogar Rückkopplungen ausgelöst wurden.

Obwohl ich ihr zu Beginn unseres Aufeinandertreffens explizit gesagt hatte, dass ich zusammen mit der besten Freundin von Sophie Scholl Wiedergründungsmitglied der Weißen Rose und entschiedener Gegner des National-Sozialismus bin, lachte sie nur und beleidigte mich in der Folge permanent mit dem „Nazi“-Begriff. Als ich immer wieder versuchte, mich von ihr zu entfernen, verfolgte sie mich auf Schritt und Tritt und diffamierte mich schließlich per Megaphon: „Du Obernazi, hau ab! Du verurteilter Nazi, hau ab!“

Aufgrund dieses unfassbaren Verhaltens stellte ich Strafanträge gegen Helga Stieglmeier wegen Beleidigung (§ 185 StGB), übler Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB) und versuchter Körperverletzung (§ 223 StGB). Die Staatsanwaltschaft Landshut stellte aber mit Schreiben vom 20. Juli 2019 die Strafanträge ein. Mit folgender fadenscheiniger und zweifelhafter Begründung:

Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung ist nicht gegeben. Die Schuld wäre als gering anzusehen. So ist die Beschuldigte bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten.

Der angezeigten Körperverletzung liegt zudem keine besonders grobe Tathandlung zugrunde. Sie hat zu keinen erheblichen Verletzungen geführt.

Unter Berücksichtigung der emotional aufgeladenen Situation vor Ort und des geringen Schuldgehalts der verwirklichten Straftatbestände ist insgesamt keine weitere strafrechtliche Ahndung bei der nicht vorbestraften Beschuldigten erforderlich.

Beschwerde gegen die Einstellung ist eingelegt. So trat Helga Stieglmeier bereits strafrechtlich in Erscheinung, denn sie beleidigte Ende August 2013 einen Teilnehmer einer NPD-Wahlveranstaltung in Erding als „Arschloch“. Hierfür erhielt sie einen Strafbefehl über 400 Euro, [wie der Merkur berichtete](#).

Es ist auch nicht verständlich, dass die Landshuter Staatsanwaltschaft ihre missbräuchliche Verwendung des Megaphons als Kampfmittel zur akustischen Dauerbelästigung eines Presseteams ungeahndet durchgehen lässt, zumal ihr so etwas erst sechs Tage zuvor durch eine Auflage des Landratsamtes Erding untersagt wurde, wie in der Einstellungsbegründung nachzulesen ist:

Im Verlauf der Veranstaltung benutzte sie wiederholt ihr Megaphon auf Kopfhöhe anderer Personen, obwohl ihr dies durch sofort vollziehbaren Bescheid des Landratsamts Erding vom 23.04.2019 untersagt worden war. Dies führte teilweise zu Rückkopplungen, die der Geschädigte Stürzenberger als schmerzhaft empfand. Diesen beleidigte die Beschuldigte zu dem im Verlauf der Veranstaltung mehrfach unter anderem als „Obernazi“.

Sie beleidigte mich nicht nur als „Obernazi“, sondern auch als „verurteilten Nazi“. Aber wenn rechtskonservative Patrioten und Islamkritiker von Beleidigungen betroffen sind, wird von den Staatsanwaltschaften dieses Landes regelmäßig eingestellt. Völlig anders, wenn mir einmal vorgeworfen wird, ich hätte eine Moslemin als „Islamfaschistin“ bezeichnet. Dann läuft die Justizmaschinerie auf Hochtouren, wird sofort ein Gerichtstermin anberaumt und eine Haftstrafe mit Bewährung gefordert, wie [am 19. Juli in Fürth geschehen](#).

Es ist eine himmelschreiende Ungleichbehandlung, was in der Vergangenheit von der Staatsanwaltschaft München I als Ausdruck von „Meinungsfreiheit in politisch zugespitzten Situationen“ durchging: Sogar die massiven Beleidigungen „Dreckige Nazisau“ (Aktenzeichen AZ 111 Js 117580/13), „Scheiß Nazi“ (AZ 111 Js 158605/13), „Dummes Nazischwein“ (AZ 111 Js 160457/13, „Nazi-Arsch“ (AZ 111 Js 104797/14), und „ekelhaftes Nazipack“ (AZ 113 Js 198744/14) gegen mich wurden von der Staatsanwaltschaft München I mit solchen absurden Begründungen eingestellt.

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften ist ein großer Fehler im deutschen Justizsystem und gibt es in dieser Form auch nur bei uns. Im Mai dieses Jahres hat sogar der Europäische Gerichtshof in einem Urteil festgestellt, dass deutsche Staatsanwaltschaften durch die Politik beeinflusst werden können. Hierbei ging es um die Ausstellung von Europäischen Haftbefehlen. [In dem Artikel](#) auf „Legat Tribute

Online“ (LT0) ist unter der Überschrift „Deutsche Staatsanwälte nicht unabhängig genug“ zu lesen:

Für die EuGH-Richter bleibt ein Restrisiko, dass die deutsche Staatsanwaltschaft beim EU-Haftbefehl durch die Politik beeinflusst werden könnte. (...) Anders ist es in Ländern wie Frankreich und Spanien, in denen ein Ermittlungsrichter zuständig ist. „Allerdings ist die Staatsanwaltschaft in vielen Ländern strikt unabhängig organisiert, und es gibt keine Weisungsbefugnis der Justizministerien“ so Wahl. In Deutschland unterstehen die Staatsanwälte dagegen der Weisungsbefugnis der Justizministerien.

Damit steht dem Missbrauch Tür und Tor offen, wie wir es jetzt auch bei der [Einstellung des Verfahrens](#) gegen den Gelsenkirchener Polizei-Einsatzleiter wegen Strafvereitelung im Amt erleben mussten. Es ist zu vermuten, dass die oben beschriebenen skandalösen Verfahrens-Einstellungen und die offensichtliche Zwei-Klassen-Behandlung von rechtskonservativen Islamkritikern im Vergleich zu Linken und Moslems auf diese Einflussnahme zurückgeht. Beispiele hierfür gibt es genug: Wenn beispielsweise Linke oder Moslems den Mittelfinger zur Beleidigung gegen Rechtskonservative ausstrecken, werden diesbezügliche Anzeigen regelmäßig eingestellt. Im umgekehrten Fall wurde ein Vorstandsmitglied der islamkritischen Partei „Die Freiheit“ hierfür zu 2500.- Euro Strafe verurteilt, da die Adressaten der Geste schließlich Moslems waren, die sich zwar unverschämt verhielten, aber grundsätzlich als besonders schützenswerte Teile der Gesellschaft eine wohlwollende Sonderbehandlung genießen. Wenn aber Patrioten derart von Linken oder Moslems beleidigt werden, ist das den Staatsanwaltschaften, insbesondere in München, völlig egal.

Zum Abschluss noch zwei kurze Videos des Stieglmeier-Irrsinns aus Eichenried [vom Youtube-Kanal](#) des Kameramanns Stefan Bauer:

Es gibt viel zu korrigieren in unserem Land. Es ist zu hoffen, dass die AfD einen wachsenden Einfluss in den Parlamenten erhält, um von dort aus solche gravierenden Missstände verändern zu können.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



München: Auseinandersetzung mit Linken bei BPE-Gedenken an 20. Juli

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) am 20. Juli in München zum Gedenken an die Widerstandskämpfer gegen den National-Sozialismus rund um Graf Stauffenberg lieferte viele aufschlussreiche Diskussionen. Ein ganz offensichtlich linksverdrehter Passant diffamierte uns trotz der eindeutigen Botschaft unserer zahlreichen Plakate allen Ernstes als „Nazis“. Nachdem ich ihm nochmals erklärte, dass wir an diesem speziellen Datum dem Helden Stauffenberg gedenken, die Weiße Rose mit der besten Freundin von Sophie Scholl wiedergegründet haben, den Nazi-Islam-Pakt anprangern und die Hitler-Verherrlichung in islamischen Ländern kritisieren, blieb er mit einem dämlichen Grinsen bei seiner Feststellung, dass wir „Nazis“ seien. Diese bodenlose Unverschämtheit habe ich dann folgerichtig zur Anzeige gebracht (siehe Video oben) und wir werden gegen diese Verleumdungen ab sofort auch konsequent vorgehen.

Falls Staatsanwaltschaften diesbezügliche Verfahren inkorrekterweise einstellen sollten, werden wir diese in Zivilprozessen fortführen. Es muss grundsätzlich unterbunden werden, dass Linke solche öffentlichen Diffamierungen als politisches Propagandamittel zur Bekämpfung unerwünschter Meinungen einsetzen. Letztlich bedeutet diese Gleichsetzung von skrupellosen Judenvergasern, totalitären Rassisten, Verbrechern, Mördern, Folterern und sozialistischen Antidemokraten mit konservativen, rechtstreuen und patriotischen Demokraten auch eine Verharmlosung des National-Sozialismus, was eigentlich auch nach §130 (3) StGB strafbar sein sollte.

Ein gutes Signal in dieser Richtung gab das Amtsgericht

Eggenfelden, das den SPD-Jungpolitiker Valentin M. Kuby Ende November des vergangenen Jahres zu einer [Geldstrafe von 500 Euro](#) verurteilte, weil er den AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka in einem Facebook-Post als „Nazi“ beleidigt hatte. Auch der AfD-Landtagsabgeordnete Steffen Königer war im Mai 2015 mit einer Klage in Potsdam erfolgreich, der „Nazi“-Verleumder wurde [mit 800 Euro bestraft](#). Darauf gilt es nun konsequent aufzubauen.

Eine weitere Spezialistin des widerlichen Diffamierens ist eine gewisse Jenny S. Sie steht bei beinahe jeder BPE-, Pegida- oder AfD-Veranstaltung in München mit ihrem Schild „Alle Rassisten sind Arschlöcher – überall“. Normalerweise ist diese allgemeine Aussage nicht justiziabel. Aber diese Jenny hat mir bei einem Infostand der BPE am 30. Oktober des vergangenen Jahres in München-Giesing auf meine Frage, warum sie der Meinung sei, dass an unserem Infostand „Rassisten“ seien, vor Zeugen geantwortet:

„Hier sind Rassisten. Dieser Infostand wird im Internet auf Seiten angekündigt, die rassistische Veranstaltungen angeben.“

Damit stellte sie klar, dass sie uns als „Rassisten“ ansieht und damit auch wir „Arschlöcher“ seien. Diese Überzeugung zieht sich daher auch grundlegend durch alle ihre Auftritte gegen unsere Veranstaltungen. Sie ist dermaßen besessen von ihrer „Mission“, dass sie sogar Abends bei Treffen von AfD-Kreisverbänden vor Gaststätten mit ihrem Schild herumsteht.

Mit den besagten Internetseiten ist sicherlich vor allem die Terminseite der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) gemeint, die regelmäßig BPE-Kundgebungen als „rassistisch“ ankündigt.

Diese Jenny konfrontierte ich auch bei unserer Kundgebung am 20. Juli mit diesem Sachverhalt, aber sie blieb stumm wie

eigentlich immer seit diesem 30.10.2018, als sie uns gegenüber das erste und letzte Mal den Mund aufmachte. Der Strafantrag ist aber aufgrund des Sachverhaltes gestellt. In dem Video oben ist diese Situation auch zu sehen (bisher 78.000 Zuschauer auf dem [Kanal von Stefan Bauer](#)).

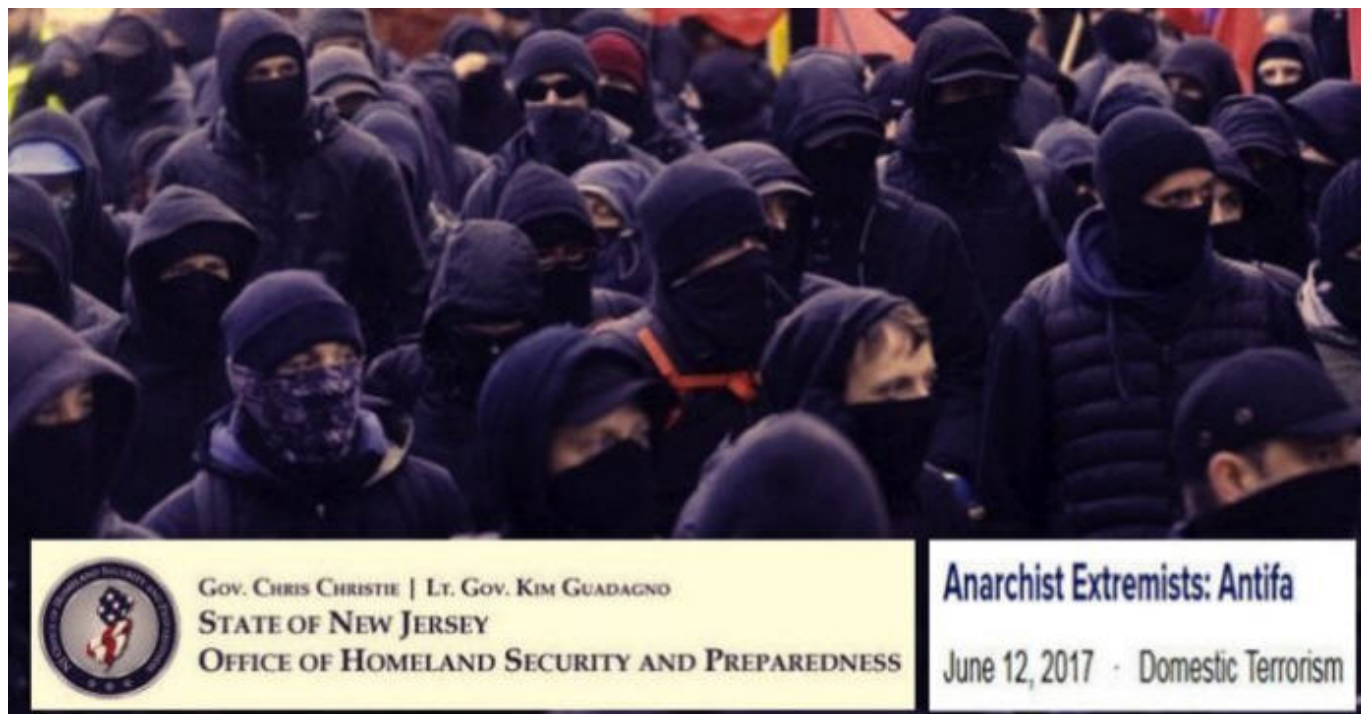
Zwei Personen der „Antifa“ hielten uns das Transparent „Good night white pride“ entgegen, auf dem einem am Boden liegenden Menschen ein Tritt gegen den Kopf gegeben wird. [Laut Wikipedia](#) soll das Logo die Silhouette eines antifaschistischen Aktivisten darstellen, der nach einem am Boden liegenden Neonazi tritt. Diese Situation ist einem realen Foto nachempfunden, das den damals 18-jährigen farbigen Harlon Jones zeigt, der 1998 bei einer Demonstration des Klu Klux Klans einem Weißen nachrannte und ihm, als er stürzt, [gegen den Kopf tritt](#):



Wir haben es hier also mit brutaler Gewaltverherrlichung gegen einen am Boden liegenden wehrlosen Menschen und einem eindeutigen prinzipiellen Gewaltaufruf zu tun. Um diesen Sachverhalt juristisch klären zu lassen, haben wir einen Strafantrag gegen die beiden Antifanten gestellt:

Dieses Transparent drückt die Geisteshaltung vieler linksextremer Straßenterroristen aus, die diese Gewaltphantasien auch in der Realität intensiv ausleben. Es muss das politische Ziel aller rechtskonservativen

demokratischen Kräfte sein, diese linksextremen „anti“-faschistischen Gruppierungen auf die Terrorliste zu setzen, wie es der US-Bundesstaat New Jersey bereits [im Juni 2017 durchführte](#).



Den Sachverhalt auf den Kopf stellend, warf uns ein Passant vor, dass wir „Schuld“ hätten an den Aggressionen und Gewalttaten von Moslems, da wir „Öl ins Feuer gießen“, „verbale Gewalt ausüben“, „Hass verbreiten“ und „hetzen“ würden (bisher 75.000 Zuschauer):

Eine am Boden sitzende GegendemonstrantIn äußerte, dass wir „Rassisten“ seien, obwohl bei unser Kundgebung ein syrischer Ex-Moslem unsere Ausführungen bestätigte und wir viele Aussagen von arabischen Islamkritikern auf unseren Plakaten zeigten. Am Ende der meinerseits mit Fakten befüllten Diskussion meinte die Linke „Ich mag jetzt nicht mehr mit Ihnen reden“ (50.000 Zuschauer):

Bei dem meistgesehenen Video dieser Kundgebung auf dem Kanal der Bürgerbewegung Pax Europa werde ich mit einem Kommunisten konfrontiert, der uns auch als „Rassisten“ diffamiert. Solche

Typen haben in unserem Land viel zu lange Rückendeckung von politischen Kräften bekommen, denn Sympathisanten von Kommunisten sind bis in höchste politische Ämter vorgedrungen (48.000 Zuschauer):

Auch ein gewisser Andreas Schwarz, ein linker Dauer-Gegendemonstrant, der auch schon selbst bei einer Kundgebung zum Megaphon griff und deshalb auch als Person der Zeitgeschichte genannt werden kann, war am 20. Juli mal wieder vor Ort. Dieser Typ verschickte in der Vergangenheit massenweise diffamierende Briefe, um Patrioten bei ihrem Arbeitgeber anzuschwärzen. Vor Jahren zerrte er mich auch idiotischerweise vor Gericht, weil er glaubte, wir hätten auf einem Flyer der „Freiheit“ ein Foto von ihm im Unterschrifts-Pavillon verwendet, obwohl er niemals auch nur ansatzweise in die Nähe dieses Pavillons kam. Er verlor damals natürlich, konnte aber als offensichtlich Mittelloser nicht mal die Gerichtskosten begleichen. Aber für einen Anwalt reichte es, was sicherlich über die „Rote Hilfe“ lief. Diese für Herrn Schwarz hochpeinliche Geschichte bekommt er jedes Mal zu hören, wenn er sich als Gegendemonstrant bei uns blicken lässt (bisher 35.000 Zuschauer):

Eine Dame wollte nicht über die Gefahren aufgeklärt werden, die der Politische Islam für Frauen bedeutet:

Ein Passant glaubte tatsächlich, dass Morde, die Moslems im Dihad begehen, nichts mit dem Koran zu tun hätten:

Ein Passant, der vielem zustimmte, was wir vortrugen, wollte wissen, wie der Islam „entschärft“ werden und wie indoktrinierte Moslems in Richtung Demokratie gebracht werden könnten:

Diese Veranstaltung zeigte erfreulicherweise ein Übergewicht

des patriotischen vor dem linken Publikum, was sich auch akustisch bemerkbar machte. Weitere Videos sind auf dem Kanal der [Bürgerbewegung Pax Europa](#), bei [Karen Fischer](#) und [Stefan Bauer](#) zu sehen. Es gibt noch unendlich viel Aufklärungsarbeit zu leisten in diesem Land. Ab Ende August folgen weitere Kundgebungen:

29.8. Neuenrade bei Dortmund

30.8. Solingen

31.8. Bochum

13.9. Passau

14.9. Deggendorf

21.9. Rosenheim

4.10. Lahr

5.10. Kehl

Viele weitere Termine sind schon geplant, aber noch nicht definitiv angemeldet. Wer Mitglied bei der Bürgerbewegung Pax Europa ist ([hier ist der Mitgliedsantrag](#), nur 50 Euro Beitrag pro Jahr) bekommt die Termine regelmäßig per email zugeschickt. Und unterstützt damit die wichtige Aufklärungsarbeit der BPE, die in ganz Deutschland stattfindet.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim

islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Staatsanwaltschaft Essen stellt Verfahren gegen Polizei-Einsatzleiter ein

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei der Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) am 21. Juni in Gelsenkirchen über den Politischen Islam gab es ein knappes Dutzend heftiger Beleidigungen, Morddrohungen, Flaschen- und Eierwürfe ([PI-NEWS berichtete](#)). Der Polizei-Einsatzleiter hatte sich auf meine direkte Ansprache hin geweigert, die Personalien eines Moslems aufzunehmen, der mich als „dreckigen Bastard“ und „Hurensohn“ diffamiert hatte. Mit der unfassbaren „Begründung“, dass es laut § 163 der Strafprozessordnung ganz alleine ihm obliege, wie er die Strafverfolgung durchführe. Er meinte allen Ernstes, dass er nun im Sinne der De-Eskalation nicht die Personalien aufnehmen werde, sondern nur ein Foto, um dann eine Anzeige gegen Unbekannt zu stellen, in deren Folge der Täter „vielleicht“ ermittelt werde. Der gesamte skandalöse

Vorgang ist in dem Video oben dokumentiert.

Aber wer glaubt, dass damit der Gipfel der Polizei-Willkür erreicht sei, sieht sich hier eines Besseren belehrt: Als ich nach dem Ende der Kundgebung diesen Einsatzleiter fragte, ob er die Personalien des Moslems aufgenommen habe, der mir im späteren Verlauf mit Ermordung gedroht hatte, meinte er mit grimmigem Blick, dass er dies nicht getan habe, da ich den „jungen Mann“ schließlich „provoziert“ hätte. [In diesem Video der Kundgebung](#) (bisher 226.000 Zuschauer) ist zu sehen, dass diese Unterstellung eindeutig nicht zutrifft. Ich hatte diesem „jungen Mann“ auf seinen Wunsch hin ganz ruhig die Möglichkeit gegeben, sich über unser Mikrofon zu äußern. Daraufhin steigerte er sich im Zuge seiner Ausführungen immer weiter in eine Schimpftirade hinein, bezeichnete mich als „Dreck“, ich sei ein „Teufel“, er werde mich „abstechen“ und „töten“. Dies wurde daraufhin auch noch von Dutzenden umherstehenden Moslems beklatscht und bejubelt.

Der Einsatzleiter hätte die Personalien dieses Mannes aufnehmen müssen. Aber es lag offensichtlich überhaupt nicht im Interesse dieses „Staatsdieners“. Ich bestand aber darauf, dass ich gegen all die Personen, die an diesem Tag straffällig wurden, Strafantrag stelle. Daraufhin fragte der Beamte lustlos seine umstehenden Kollegen, ob einer einen Strafantrag dabei habe, was zunächst verneint wurde. Als ich weiter darauf beharrte, kramte einer schließlich einen winzigen Zettel mit einer Pro-Forma-Erklärung zur Stellung eines Strafantrages hervor, die keine nähere Bezeichnung des Sachverhaltes enthielt. Man wollte mich ganz offensichtlich abwimmeln.

Am 27. Juni stellte ich bei der Staatsanwaltschaft Essen daher einen Strafantrag gegen diesen Polizei-Einsatzleiter wegen des Verdachtes auf Strafvereitelung im Amt nach § 258a StGB und Billigung von Straftaten § 140 StGB.

Mit Schreiben vom 24. Juli stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren mit der „Begründung“ ein, dass nach den

durchgeführten Ermittlungen meine Anzeigen in Bearbeitung wären. Es seien mehrere Strafanzeigen, zwei wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, zwei wegen Beleidigung und eine wegen Bedrohung eingeleitet worden, so dass der Tatbestand einer Strafvereitelung nicht gegeben sei und der Vorwurf der Strafvereitelung im Amt nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden könne. Wörtlich:

Dieser erfordert nämlich zudem auf der inneren Tatseite, das heißt dem Vorsatz, dass Wissen des Täters, dass er, obwohl zum Tun amtlich verpflichtet, jemanden bewusst der gesetzlichen Strafe rechtswidrig entzieht. Bedingter Vorsatz reicht insoweit nicht aus (vgl. Fischer, 65. Auflage, § 258 a Rd.-Nr. 6 mit weiteren Nachweisen m.w.N.). Ein solcher Strafvereitelungsvorsatz kann hier aber aufgrund der objektiven Umstände nicht angenommen werden. Insbesondere gibt es keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Beschuldigte eigene politische Motive verfolgt hätte.

Nun ist es aber so, dass während der Kundgebung ein Kripobeamter in einer Pause auf mich zukam und mir mitteilte, dass einige Anzeigen aufgenommen worden seien. Dies schien aber nicht über diesen Einsatzleiter gelaufen zu sein. Daher werde ich jetzt eine Beschwerde gegen die Einstellung der Staatsanwaltschaft einreichen und erfragen, ob die zwei oben dargestellten Anzeigen aufgenommen wurden und wenn ja, durch wen. Denn dieser Einsatzleiter hatte sich während und nach der Kundgebung in zwei Fällen nachweislich geweigert, Anzeigen aufzunehmen.

Im Zuge unserer Aufklärungsarbeit ist es enorm wichtig, dass wir jeglicher Art von staatlichem Unrecht nachgehen und uns nichts, aber auch gar nichts an Willkürmaßnahmen gefallen lassen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Islamisches Zentrum München fordert korankonform das Schlagen von Frauen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Auf der Internetseite des Islamischen Zentrums München wird das Schlagen von Frauen bei

Widerspenstigkeit gefordert. Alles natürlich völlig islam- und korankonform, aber einige Münchner Stadträte zeigen sich nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks „entsetzt“. Vermutlich darüber, dass eine islamische Gemeinde ausnahmsweise mal offen und ehrlich das ausspricht, was Standard in der islamischen Religionslehre ist.

Besonders heikel für alle Islam-Versteher ist die Tatsache, dass der seit Jahren als scheinbarer „Vorzeige-Imam“ dargestellte Bajrambejamin Idriz aus Penzberg dieses Islamzentrum als seine erste Anlaufstelle in Deutschland wählte. Ahmad al-Khalifa, Imam der Moschee in München-Freimann, half Idriz bei der Antragstellung zur Aufenthaltsgenehmigung und auch bei deren Verlängerung vier Jahre später. In der Wohnung dieses al-Khalifa und in seiner Moschee führte die Polizei [im März 2009 eine Razzia](#) wegen vermuteter Kontakte zum islamischen Terror durch.

Zudem wird dieses Islamzentrum wegen seiner Verbindung zur Muslimbruderschaft [vom Verfassungsschutz beobachtet](#), da es nach dessen Auffassung der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD) als Hauptsitz dienen soll. Präsident der IGD ist Ibrahim el-Zayat, der in seiner Heimat Ägypten im April 2008 von einem Militärgericht wegen terroristischer Aktivitäten zu [zehn Jahren Gefängnis](#) verurteilt wurde. Dort wurde el-Zayat unter den 40 Angeklagten als die Nr. 4 der Muslimbruderschafts-Führer besonders herausgestellt.

In Deutschland gilt el-Zayat in Insiderkreisen als Chef der Muslimbrüder, was er mehrfach bestritt. Das glaubte ihm die Bundesregierung offenbar, denn 2007 war er auch [Gast bei der Islamkonferenz](#) des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble und saß prominent in der zweiten Reihe.

Die Islam-Kollaboration von CDU und CSU treibt noch bizarrere Blüten. All die brandgefährlichen Zusammenhänge hinderten beispielsweise den CSU-Politiker Peter Gauweiler im Januar 2015 nicht, in der Freimann Moschee [neben Skandal-Imam al-](#)

[Khalifa aufzutreten](#) und „Allahu akbar“ zu rufen:

Einem hochrangigen Politiker wie Gauweiler kann man nicht Ahnungslosigkeit, Naivität oder Unwissen zugutehalten. Es dürfte vielmehr knallhart kalkulierte Berechnung sein, dass er zwielichtige islamische Funktionäre so widerlich hofiert. Für mich war die Haltung der Münchner CSU, keine Islamkritik zu betreiben, da man ohne moslemische Wählerstimmen in Zukunft keine Wahlen mehr gewinnen werde, im Frühjahr 2010 der Grund für meinen Ausstieg aus dieser früher einmal konservativ-werteorientiert-patriotischen Partei.

Bereits im März 2009 hatte der damalige bayerische Landesvorsitzende der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE), Gerhard Lipp, in einem [Leserbrief an den Münchner Merkur](#) die Gefährlichkeit des Islamischen Zentrums München dargestellt:

„Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln derzeit gegen das von der Muslimbruderschaft betriebene Islamische Zentrum München in der Moschee in Freimann, das der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD) laut Verfassungsschutz als Hauptsitz dient. Präsident der IGD ist Ibrahim el-Zayat. Er gilt als ‚Herr der Moscheen‘ und soll auch für die Moschee in Penzberg Vermittlerdienste geleistet haben.“

Imam Idriz von Penzberg will ein „Zentrum für Islam in Europa-München“ (ZIEM) in großem Stil realisieren. Politiker verschiedener Couleur – OB Ude, Grünen-Chef Hep Monatzeder und CSU- Stadtratsführer Josef Schmid befürworten das Projekt ZIEM. Im Moscheezentrum Penzberg vermutet das Bayerische Innenministerium jedoch Beziehungen zur verfassungsfeindlichen Milli Görüs, deren Führungsmitglied Sabiha el-Zayat die Ehefrau des IGD Präsidenten ist.

Zum Unterstützerkreis von Idriz zählen als Geldgeber Scheich al-Qassimi von Shardja, der schon die Penzberger Moschee finanzierte sowie der bosnische Großmufti Cerić. Cerić strebt eine einzige Muslim-Autorität in ganz Europa auf Basis der

Scharia an und ist Mitglied in Yusuf Al-Qaradawis „Europäischen Rat für Islamische Rechtsgutachten und Forschung“. Al-Qaradawi spricht sich für palästinensische Attentäter aus. Seinem Fatwa-Rat gehört auch Scheich Quassimi an.

Angesichts dieses Netzwerks überrascht es nicht, dass im Mai 2008 der Chef des „Council on American-Islamic Relations“ (CAIR) Nihad Awad in Penzberg zu einem Vortrag geladen war. CAIR wird von US Senatoren und vom FBI der Unterstützung von Hamas und andere Terrororganisationen verdächtigt. Wenn die Münchner Politiker zu einer „Studienreise“ unter Führung von Großmufti Ceric und Imam Idriz nach Sarajevo reisen, um dort den Islam kennenzulernen und das Projekt ZIEM zu fördern, kann dies bei kritischen Bürgern nur Unverständnis und Entsetzen erregen.“

All diese Fakten waren Islamkritikern bereits 2009 bekannt. Erst jetzt, zehn Jahre später, wurde der Bayerische Rundfunk durch die Aufforderung zum Frauenprügeln auf das Islamische Zentrum aufmerksam:

Im Falle einer in größeren Schwierigkeiten steckenden Ehe oder wenn die Partnerin „widerspenstig“ sei, beruft sich das Islamische Zentrum München (IZM) auf den Koran. Demnach sollte der Ehemann drei Schritte einhalten: Erstens: Ermahnung. Zweitens: Trennung im Ehebett. Und drittens: Schlagen. So wird es den Besuchern der Website der Münchner Gemeinde seit 15 Jahren vermittelt unter Punkt 10 „Frau und Familie im Islam“. Zur Einordnung heißt es, dass das Schlagen „eher einen symbolischen Charakter“ habe.

Die drei Schritte entsprechen exakt dem bekannten Prügelvers Sure 4 Vers 34 des Korans. Bis auf die „Einordnung“ mit dem „symbolischen“ Schlagen, das ist nirgends beschrieben. Es ist bezeichnend, dass der mehrfach nachgewiesene Lügner und dreiste Islam-Verharmloser Imam Idriz vor Kurzem ein neues

Buch mit dem Titel „Der Koran und die Frauen“ veröffentlicht hat, in dem er allen Ernstes behauptet, dass das „Schlagen“ falsch übersetzt sei und lediglich „trennt Euch für eine Weile“ bedeute. In Evangelischen Gemeinden wird Idriz [momentan intensiv herumgereicht](#), um den Islam weiter entgegen der knallharten Fakten schönzufärben.

Man muss schon extrem schlichten Gemütes oder hoffnungslos naiv sein, wenn man diesem mohammedanischen Lügner, den auch Bayerns Innenminister Herrmann im Juli 2010 [so bezeichnete](#), auch nur noch ein Wort über den Islam glaubt. Bereits im April 2010 hatte Idriz bei seinem [Vortrag vor der Stadtversammlung der Grünen](#) im Münchner Zunfthaus das Blaue vom Himmel über die Stellung der Frau im Islam heruntergeflunkert. Die grünen Trautmäntler hingen selig an seinen Lippen, bis ein Dutzend anwesende Islamkritiker den Taqiyya-Spezialisten faktisch auseinandernahmen, so dass er argumentativ nichts mehr vorbringen konnte.

Jetzt ist [laut Bericht des BR](#) immerhin etwas Unruhe im Münchner Stadtrat entstanden. Die etablierte Politik scheint also langsam hellhörig zu werden, denn das vom Islamischen Zentrum geforderte Frauenverprügeln überfordert das Toleranzverständnis der GutBesserMenschen dann wohl doch etwas:

Konfrontiert mit dem Eintrag über das Schlagen von Frauen auf der Internetseite des Islamischen Zentrums zeigen sich Münchner Stadträte entsetzt: SPD-Stadtrat Cumali Naz, Fachsprecher für Migration, verurteilt die Position aufs Schärfste: „Wenn das IZM propagiert, Gewalt sei ein legitimes Mittel zur Lösung von Ehekonflikten, widerspricht das fundamental den Werten unserer Gesellschaft. Aufrufe zu Gewalt haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.“

Für Laura Pöhler (Die Grünen – Rosa Liste) ist der „Aufruf“ zu Gewalt gegen Frauen „als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bewerten und muss in jedem Fall

unbedingt geächtet werden“.

Aus Sicht von Evelyne Menges, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und integrationspolitischen Sprecherin der CSU-Stadtfraktion, dürfen „Menschenverachtende und gewaltverherrlichende Inhalte nicht toleriert werden“. Deswegen ist es Menges zufolge „zwingend notwendig, dass die entsprechenden Passagen schnellstmöglich von der Internetseite verschwinden“: „Ich möchte nicht, dass gerade jüngere Menschen mit solchen Inhalten konfrontiert werden. Außerdem würde ich mir wünschen, dass dort stattdessen ein Text mit klarer inhaltlicher Distanzierung von jeglicher Form der Gewalt erscheint.“

Bisher ist auf der Internetseite des Islamischen Zentrums München noch gar nichts verschwunden. Punkt 10 der Anweisungen „Frau und Familie im Islam“ fordert immer noch [das Schlagen bei Widerspenstigkeit](#). Eine Änderung dürfte auch weder im Sinne des Propheten noch Allahs sein.

Aufgrund der massiven Kritik überlegen die Islam-Funktionäre aber möglicherweise, ob es nicht besser sei, in den üblichen Taqiyya-Modus zurückzuschalten. So heißt es nun, dass man die Prügel-Inhalte auf der Internetseite „spätestens in zwei Wochen ändern“ wolle. Man darf gespannt sein, wie die Freimänner Mohammedaner dann die dem Islam vermutlich widersprechende Erklärung begründen werden. Die koraninfizierten Köpfe dürften hierzu bereits mächtig qualmen. Vielleicht holen sie sich ja auch Rat beim Täuschungs-Spezialisten Imam Idriz.

In jedem Fall müssen sie sich massivst verbiegen, denn dieses Islamische Zentrum in München-Freimann galt in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts als viertwichtigste Moschee im Islam und als das Zentrum der Muslimbrüder in Europa. Ian Johnson hat darüber das Buch [„Die vierte Moschee“](#) geschrieben. Hier ging auch einer der [Drahtzieher des ersten](#)

[islamischen Terroranschlags](#) auf das World Trade Center im Jahre 1993, Mahmud Abouhalima, ein und aus.

Stefan Meining hat in seinem Buch „Eine Moschee in Deutschland“ [beschrieben](#), wie sich dieser Koranbunker im Münchner Norden aus den Überresten des Nazi-Islam-Paktes formierte und später zum Zentrum der Muslimbrüder wurde:

Sie werden zur wichtigsten Filiale von Anhängern der Muslimbruderschaften im Westen und zur Schaltzentrale eines globalen Netzwerkes. Seit Jahrzehnten stehen immer wieder Personen aus diesem Netzwerk unter Terrorverdacht – bis hin zu den Anschlägen vom 11. September. In der islamischen Welt weiß man längst, welche Bedeutung die Moschee in München hat.

Im Juni 2012 produzierte der CBN-Reporter Erick Stakelbeck eine Reportagenserie über die Islamisierung Europas, wozu er in London, Brüssel, Köln und München filmte. Für die Folge „Inside the Muslim Brotherhood in the West“ besuchte er auch das Islamzentrum in München-Freimann, wohin ich ihn begleitete. Während unseres einstündigen Aufenthaltes dort gingen ausschließlich verschleierte Frauen und auch Mädchen in die Moschee, was in der [Bilderserie des PI-NEWS-Artikels](#) eindrucksvoll dokumentiert ist.

Die Bürgerbewegung Pax Europa wird jedenfalls alle Münchner Stadträte über die Fakten zur massiven Frauenunterdrückung im Islam und die Gefährlichkeit des Islamischen Zentrums München informieren. Keiner wird mehr sagen dürfen, er habe von nichts gewusst. Über den Prügel-Skandal im Islamischen Zentrum berichten unterdessen auch die [Bild](#), dazu [Bild Plus](#) mit Informationen über die Zugehörigkeit der Münchner Moschee zur Muslimbruderschaft, der [Focus](#), die [tz](#), der [Merkur](#), die [WeLT](#), das [Hamburger Abendblatt](#) und [der Westen](#).

Übrigens sieht die Staatsanwaltschaft München I auf Nachfrage des Bayerischen Rundfunks in der Schlage-Anweisung der Mohammedaner keine Anhaltspunkte für eine verfolgbare

Straftat:

Die Empfehlungen, die das Islamische Zentrum München auf seiner Internetseite zum Thema „Frau und Familie im Islam“ veröffentlicht habe, „muten teilweise befremdlich an, erfüllen jedoch keinen Straftatbestand“. Der juristische Grund: Hier werde nicht zur Begehung konkreter Straftaten aufgerufen, es liege keine Anstiftung zu konkreten Körperverletzungshandlungen vor. „Für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war und ist daher kein Raum“, erläutert die Staatsanwaltschaft München I.

Zu weiteren subjektiven und tendenziösen Bewertungen durch Staatsanwaltschaften folgen in Kürze auf PI-NEWS empörende Meldungen. Deren häufig völlig einseitiges Verhalten ist in ihrer Weisungsgebundenheit begründet, die dem Missbrauch Tor und Tür sperrangelweit öffnet. Dies muss sich unbedingt ändern, sonst werden rechtskonservative islamkritische Patrioten niemals juristisch fair von den Staatsanwälten dieses Landes behandelt.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016

Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Moslem aus Eritrea diskutiert bei AfD-Mahnwache mit Landtagsabgeordnetem

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Samstag veranstalteten die Münchner AfD-Kreisverbände auf dem Vorplatz des Bahnhofs München-Pasing von 14-16 Uhr eine Mahnwache, um der beiden getöteten Menschen zu gedenken, die durch Stöße ins Gleisbett in den Bahnhöfen von Voerde und Frankfurt am Main umgebracht wurden. In Frankfurt war das Opfer bekanntlich erst acht Jahre alt. Der Täter von Voerde war ein polizeibekannter Intensivtäter. Der Mörder von Frankfurt, nach Presseberichten ein gut integrierter und in der Schweiz lebender Eritreer, wurde in der Schweiz gesucht und ist erst kurz vor der Tat nach Frankfurt gereist.

Bei der linken Gegendemo befand sich auch ein Moslem aus Eritrea, der ein Schild mit der Aufschrift „Flüchtlinge – lasst uns nicht mit diesen Deutschen alleine“ hochhielt. Der Schriftzug von „diesen Deutschen“ ist in Altdeutsch gehalten, wohl um damit zu dokumentieren, dass es sich bei den Gemeinten

um vermeintlich „ewig Gestrige“ oder vielleicht auch „Nazis“ handeln würde.

Als ich den Mann auf das Schild ansprach, erzählte er, dass er seit 30 Jahren in Deutschland lebe, hier mit einer Deutschen eine 23-jährige Tochter habe und als Schleifer arbeite, dabei auch junge Menschen ausbilde. Er verteidigte im Gespräch den Islam, meinte, dass es dort keinen Djihaad, keine Gewalt, kein Töten und keine Frauenunterdrückung gebe. Obwohl er vorgab, Moslem zu sein, trank er den während der Demo ein Bier nach dem anderen. Aus Glasflaschen, was eigentlich während öffentlichen Demonstrationen verboten ist. Aber ein angesprochener Polizist meinte, dies hänge von den jeweiligen Kundgebungs-Auflagen ab.

Auch der AfD-Landtagsabgeordnete Uli Henkel unterhielt sich mit dem Mann aus Eritrea, da dessen Schild einen Affront der AfD-Mahnwache bedeutete. Im Video oben ist das aufschlussreiche Gespräch zu sehen.

In ihrer Denkschrift zu der Mahnwache stellt die AfD die Frage nach der Rolle des Staates bei beiden Verbrechen. Warum gebe man Intensivtätern die Möglichkeit, anderen das Leben zu nehmen? Warum könnten psychisch auffällige Gewalttäter, die mit Haftbefehl gesucht werden, einfach so in ein anderes Land reisen, um dort zu töten? Der Ruf nach mehr Polizeipräsenz greife zu kurz. Der Staat habe bereits im Vorfeld versagt und dieses Versagen habe sehr tiefe Wurzeln. Es fände bereits innerhalb der Parlamente statt. Dort werde den Bürgern der Schutz versagt, den sie erwarten dürften.

Wenn ein ehemaliger Bundesjustizminister sage, dass es kein Recht auf Sicherheit gebe, dann werde klar, dass die politischen Akteure in Deutschland die Prioritäten völlig falsch setzen würden.

Im weiteren zitiert die AfD München den Artikel 1 des Grundgesetzes:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Die AfD fragt, wie es mit der Würde des Menschen am Bahnsteig aussehe. Bleibe die Würde der Bürger erhalten, wenn sie sich am Bahnsteig ständig vergewissern müssten, ob ein Täter sie zum Opfer machen wolle?

Das Recht auf innere Sicherheit, das Recht, abends wieder nach Hause kommen zu dürfen, ohne zum Opfer einer Gewalttat zu werden, entspreche dem fundamentalsten Bedürfnis einer jeden Person, die in diesem Land lebe.

Wenn ein Staat nicht mehr in der Lage sei, die innere Sicherheit zu gewährleisten, also seine Rolle im Gesellschaftsvertrag zu erfüllen, dann drohe die Gesellschaft zu zerbrechen. Die Konsequenzen seien unabsehbar. Die politische Mission der AfD sei, diese Entwicklung entschlossen aufzuhalten und umzukehren.

Soweit aus der Erklärung der AfD zur Mahnwache. Trotz dieses berechtigten Anliegens versammelte sich um die Mahnwache eine Gruppe linker Gegendemonstranten, die mit ihren üblichen Schildern „Alle Rassisten sind Arschlöcher – überall“, „Kann man nicht für jeden Flüchtling, der kommt, einen Nazi abgeben?“ etc. protestierten. Einer zeigte stolz sein T-Shirt, auf dem die „Helden seiner Jugend“, die drei RAF-Terroristen und Mörder Baader, Meinhof und Ensslin zu sehen sind:

Ein anderer schlug auf die Kamera und drohte an, mir „in den Arsch zu treten“, wenn ich nicht mit dem Filmen aufhöre:

Der Aufdruck „MCK KRS“ auf dem T-Shirt des Linken ist übrigens ein [Fan-Bekenntnis](#) zu dem Schlagersänger Mickie Krause, der [laut Wikipedia](#) nach den Chemnitzer Ausschreitungen bedauert habe, dass „ein Toter von Rechtsradikalen und Neonazis instrumentalisiert und ausgenutzt“ werde, „um auf die Straße

gehen zu können“. Er würde bei einem „Konzert gegen Rechts“ auftreten, denn „auch wir Schlager- und Stimmungssänger sollten Flagge zeigen gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt.“

Das Übliche eben in dem derzeit vorherrschenden linksgestörten Mainstream. Es muss ganz offensichtlich wohl noch viel mehr Opfer geben, bis diese naiven Trautänzer auf dem harten Boden der Realität aufwachen..



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)

1 rechten Umgang mit Re

ngida-Aktivist Stürzenberger: Zu wenig Auflagen du



Rosenheim: Stadtrat plant künftig Beschränkungen für BPE-Kundgebungen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) [vom 13. Juli](#) beschäftigt jetzt den Rosenheimer Stadtrat. Aber die sogenannten „Volksvertreter“ diskutieren nicht kritisch darüber, warum der BPE der publikumsträchtige Max-Josefs-Platz mit dem unzutreffendem Vorwand einer nicht vorhandenen Baustelle verwehrt wurde, sondern wie man die Islam-Aufklärung am Besten knebeln und an einen möglichst weit vom Stadtzentrum entfernten Ort verbannen kann.

Thema war außerdem nicht die massive Störung der Kundgebung durch die linke Gegendemonstration, die mit dröhnender Musik aus zwei Lautsprecherboxen die Islam-Aufklärung übertönen wollte. Grüne und SPD-Stadträte störten sich vielmehr an der Lautstärke der BPE-Redebeiträge. Daher will man jetzt mit einem Füllhorn an Auflagen wie Redezeit- und Dezibelbeschränkungen die faktische Aufklärungsarbeit unterdrücken.

Bei „innsalzach24.de“ ist unterdessen [zu erfahren](#), dass die Stadt in einer Presseerklärung eine Verschiebung der ominösen „Baumaßnahmen“ wegen „schlechtem Wetter“ bekanntgibt. Es sei „im relevanten Zeitraum“ eine Tiefbaumaßnahme auf dem Max-Josefs-Platz geplant gewesen, weswegen die BPE-Kundgebung

schließlich ans Mittertor verlegt worden sei. „Witterungsbedingt“ habe man aber diese Baumaßnahme jedoch verschieben müssen, weswegen sie an diesem Samstag nicht statt am Max-Josefs-Platz stattgefunden habe. Ein neuer Termin für den Beginn der Arbeiten am „Pflasterbelag des Platzes“ werde derzeit abgestimmt.

Im Oberbayerischen Volksblatt ist von der Stadtratssitzung zu erfahren:

Insbesondere die Lautstärke des Gastredners und die Länge seines Vortrags beschäftigen nun die Stadt und ihre Vertreter. Franz Opperer, Stadtrat und Oberbürgermeister-Kandidat der Grünen, wirft ihr vor, den Redner „zu gut behandelt“ zu haben. Eine Einschätzung, die sein Mitbewerber und SPD-Stadtrat Robert Metzger teilt: Über einen Zeitraum von vier Stunden, praktisch von Anfang bis Ende der Veranstaltungszeit, habe Stürzenberger ohne Pause geredet.

Und zwar dermaßen laut, dass – zusammen mit der Lautstärke der Gegendemonstranten – ein Lärmpegel entstanden sei, der insbesondere für die Händler ringsum ein Ärgernis gewesen ist (siehe Kasten). Die Polizei bestätigt den Lärm bei der ansonsten friedlichen Veranstaltung, beide Seiten hätten sich „gegenseitig aufgeschaukelt“.

Der grüne Oberbürgermeister-Kandidat Franz Opperer ist in diesem Video auf dem [Kanal von Stefan Bauer](#) zu sehen, wie er zusammen mit einem Trillerpfeifen-Störer an der BPE-Kundgebung vorbeiläuft:

Das Oberbayerische Volksblatt [berichtet zudem](#), dass es Kritik von Seiten der Händler gegeben habe. Aber dabei wird das Verursacher-Prinzip umgedreht, denn es war der Lärmterror der linken Gegendemonstranten, der die BPE zwang, ihrerseits die Lautstärke zu erhöhen, um überhaupt verstanden zu werden.

Gar nicht gut angekommen ist die Veranstaltung vom vergangenen Samstag bei den Einzelhändlern rund um das Mittertor in Rosenheim. Die Beschwerden seien „riesig“ gewesen, konstatierte Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (CSU) im Werkausschuss. „Es war katastrophal.“

In der Kritik geht es den Händlern keineswegs um das politische Couleur des Redners

Michael Stürzenberger oder um das der Gegendemonstranten. Es geht darum, dass beide Seiten „an der engsten Stelle der Fußgängerzone“ aufeinandergetroffen seien, wie Paul Adlmaier sagt. Er führt sein Herrenbekleidungshaus ganz in der Nähe des Mittertors und ist zudem Vorsitzender des Rosenheimer „Citymanagements“. Gerade in dieser Funktion spricht er über den „Unmut“ der Händler. Sie beklagen insbesondere den enormen Lärmpegel, der entstanden sei, weil Stürzenberger selbst sehr laut gesprochen habe. Worauf die Demonstranten mit noch lauterem Sprechchören und Trillerpfeifen reagiert hätten.

„Das hat sich aufgeschaukelt“, sagt Adlmaier. „Über Stunden“ sei der Lärm beinahe unerträglich gewesen. Selbst bei geschlossenen Türen und Fenstern hätten seine Kunden über die Geräuschkulisse draußen am Mittertor geklagt.

Weitere Videos der Kundgebung:



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



JETZT LIVE – München:

Kundgebung zum 20. Juli 1944 und dem Nazi-Islam-Pakt

????Teil1- #Live aus #München – #BPE_Kundgebung von und mit Michael Stürzenberger – #Sendlingerstr 8 / München????#Teil2:<https://www.facebook.com/EWO.Live/videos/333978267544010/> Wer Michael Stürzenberger finanziell unterstützen möchte (#Prozesskostenhilfe), kann dies, in #Absprache mit Michael Stürzenberger, auf unser #PayPal-#Konto, #Verwendungszweck "#Stürzi" oder "#Stürzenberger" überweisen. Jeder Cent wird an Michael übergeben.https://paypal.me/EwoLivestream?locale.x=de_DE Ansonsten ist seine #Bankverbindung unter jedem seiner #Pi_News #Artikel zu finden.<http://www.pi-news.net/2019/07/video-stuerzenberger-ueber-das-skandal-urteil-des-amtsgerichts-muenchen/#EWO-#Livestream> auch auf unserem #YouTube-#Kanal -5 Stunden ohne Unterbrechung:<https://youtu.be/Sp5WaRf6gKA#Widerstand#Esreicht#Rücktrittsofort#Remigration#Grenzendicht#Asylbetrug#Merkelmussweg#GrüneLüge #NoIslam#FestungEuropa>

Posted by [EWO – Europäischer Widerstand Online](#) on Saturday, July 20, 2019

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Samstag jährt sich der Anschlag der Widerstandsgruppe um Graf von Stauffenberg auf den sozialistischen Diktator Adolf Hitler zum 75. Mal. Diese rechtskonservativen Patrioten stimmten in ihrer Überzeugung mit der Weißen Rose überein, die in Deutschland wieder demokratische Strukturen wiederherstellen und das Unrechtsregime stürzen wollten.

Dieses Datum 20. Juli bietet Stoff für mehrere Themen: Zum einen, dass der Widerstand gegen totalitäre Ideologien auch

heute wieder extrem wichtig ist. International-Sozialismus und National-Sozialismus sind auch heute noch in viel zu vielen Köpfen präsent, wodurch gefährliche Umtriebe entstehen. Der Straßenterror beider sozialistischer Gruppen ist sichtbar und mündete jüngst in einen politischen Mord. Linksextremes Denken beherrscht breite Gruppen der Gesellschaft in Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen. Daneben breitet sich der Politische Islam in Deutschland ungebremst aus, der damals auch schon einen Pakt mit dem National-Sozialismus unter Brüdern im Geiste schloss.

Daher ist dieser Tag bestens geeignet, um bei einer Kundgebung auf diese brandgefährlichen Dinge aufmerksam zu machen. Die Bürgerbewegung Pax Europa steht bei ihrer Aufklärung der Bürger in der Tradition der Weißen Rose, weswegen auch einige ihrer Funktionsträger wie der Ehrenpräsident Willi Schwend, der frühere Geschäftsführer Conny Axel Meier und auch ich am 7. Juli 2012 zusammen mit der besten Freundin von Sophie Scholl, Susanne Zeller-Hirzel, die Weiße Rose wiedergründeten.

Am Vortag der Konferenz der Freien Medien im Raum der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag besuchte ich mit dem Journalisten Stefan Bauer das Museum für die Widerstandskämpfer im Bendler-Block in der Stauffenberg-Straße in Berlin. Dort nahmen wir diesen Videokommentar auf, in dem auch Fotos des Museums mit den rund 1000 involvierten Kämpfern für Freiheit und Demokratie zu sehen sind:

Die in dem Video enthaltene Warnung vor National-Sozialisten, die heutzutage versuchen, patriotische Bürgerbewegungen zu unterwandern, ist wichtig. Von der Kundgebung am heutigen Samstag in München gibt es ab 11 Uhr einen Livestream vom „Europäischen Widerstand Online“ [auf Youtube](#) und auch [auf Faceook](#).



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Stürzenberger live über

absurdes Urteil vom Amtsgericht Fürth

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | **Update: Jetzt mit Details einer weiteren Skandal-Verhandlung!** Am Freitag Vormittag spielte sich vor dem Amtsgericht Fürth die nächste Gerichtssposse ab: Zur Anklage kam die Kennzeichen-Abdeckung unseres Kundgebungsfahrzeuges während der Pegida-Veranstaltung am 13.7.2018 in Fürth. Um zu verhindern, dass Linksextreme das Kennzeichen abfotografieren und dann an gewalttätige Antifa-Sturmtruppen weitergeben, die immer wieder Fahrzeuge von Patrioten zerstören, hatten wir an dem KFZ, das in einem von Absperrgittern umzäunten isolierten Bereich stand, die Kennzeichen mit Pappschildern verdeckt.

Die Staatsanwältin forderte für dieses „unerhörte Vergehen“ allen Ernstes vier Monate Gefängnisstrafe (!) auf Bewährung und 1500 Geldbuße. Es wird immer absurder, was Islamkritikern vor Gerichten widerfährt. Im Gespräch mit dem Digitalen Chronisten (Video oben) berichte ich, was sich noch weitere abstruse Dinge vor Gericht abspielten. Es waren eine Menge.

So gab es bei dieser absoluten Gerichtsfarce im SPD-regierten Fürth mal wieder eine erniedrigende Drangsalierung der Prozessbesucher. Sie mussten vor dem Sitzungssaal eine zweite Kontrolle über sich ergehen lassen und ihre Handys sowie weitere Gegenstände abgeben. Unter den Augen von einem halben Dutzend Polizisten wurden auch noch ihre Ausweise kopiert. Es herrschten Zustände wie bei einer Verhandlung mit einem Schwerverbrecher. Um was ging es doch gleich? Richtig, um die Abdeckung eines KFZ-Kennzeichens zum Schutz vor Linksextremisten.

Und um eine angebliche „Beleidigung“ während des Pegida-Spaziergangs. Als sich die moslemische Zeugin und Anzeigenerstatterin aber im Gerichtssaal das Video dieses

Spaziergangs ansah, musste sie erkennen, dass sie etwas gravierend falsch verstanden hatte und zog ihre Anzeige zurück. Sie war übrigens vom Anmelder der linken Gegendemo, der uns mit seinem Fahrrad den gesamten Spaziergang „begleitet“ hatte und uns auch mit der Diffamierung „Rassisten“ bedacht hatte, dazu angestiftet worden, mich anzuzeigen.

Übrig blieb dann noch die Sache mit dem Kennzeichen. Ein bei der Kundgebung anwesender Polizist sagte im Zeugenstand aus, dass für ihn die Abdeckung klar eine Schutzmaßnahme war, so dass er vor Ort sich nicht weiter darum kümmerte. Aber der ihm übergeordnete Zugführer habe dies zur Anzeige gebracht.

Ich legte die Fotos [des zerstörten VW-Busses](#) von Gernot Tegetmeyer vor, dem einen Tag vor Heilig Abend 2016 in Fürth alle vier Reifen zerstochen und Bitumen über die Motorhaube ausgekippt wurde, so dass es auch in den Motorraum floss. Daneben Fotos [des abgebrannten Autos](#) des Pegida-Teamleiters aus Duisburg, des demolierten eines weiteren Mitarbeiters in Duisburg und eines abgefackelten Busses in München. Von zerstörten Autos von AfD-Mitgliedern brauchen wir erst gar nicht anfangen zu reden, unsere Schutzmaßnahme war daher absolut berechtigt.

Die Staatsanwältin führte in ihrem Plädoyer dann auch aus, dass unser Motiv klar der eigene Schutz war. Ich dachte, wunderbar, endlich wird auch von der Staatsanwaltschaft der Sachverhalt objektiv gewertet. Aber weit gefehlt: Es sei trotzdem ein „Kennzeichen-Missbrauch“ und sie forderte dafür tatsächlich vier Monate Haft (!) auf Bewährung und 1500 Euro Geldbuße. Und sie meinte ernsthaft, dass wir, wenn wir unser Fahrzeug hätten schützen wollten, es woanders parken und dann unsere Materialien mit der U-Bahn hertransportieren können. Ich dachte, hier läuft eine Folge von „Versteckte Kamera“ und gleich kommt der lachende Regisseur in den Gerichtssaal. Aber dem war nicht so. Es war die nackte und erschütternde Realität.

Um es nochmal zu dokumentieren: Es handelt sich um das Verdecken des Kennzeichens unseres Fahrzeugs im geparkten Zustand in einer abgesperrten Kundgebungsfläche. Unser Kennzeichen war ohnehin der Polizei als Kundgebungsfahrzeug gemeldet. Bevor wir losfuhren und wieder am Straßenverkehr teilnahmen, entfernten wir das Pappschild. Es gab also keinerlei Grund für eine Verurteilung. Hier das Foto aus der Akte:



Die Richterin zog sich eine Viertelstunde zur Urteilsfindung zurück. Als sie dann zurückkam, meinte sie, wir müssten noch auf den Pressesprecher des Amtsgerichtes warten. Er wollte wohl live mitschreiben, um es dann gleich darauf triumphierend der mittelfränkischen Links-Presse melden zu können: Dass Stürzenberger verurteilt wurde. Und so kam es dann auch: Die Richterin erklärte mich „schuldig“ und verdonnerte mich zu 60

Tagessätzen à 30 Euro, also insgesamt 1800 Euro. Immerhin ohne Haftandrohung. Man muss mittlerweile ja schon froh sein, wenn man aus dem Gerichtssaal nicht gleich verhaftet und ins Gefängnis geschmissen wird.



Wir legen natürlich auch hier, wie am Dienstag [vor dem Münchner Amtsgericht](#), Berufung ein und gehen bis zur letzten Instanz, um unser Recht zu bekommen. Wobei es aber offensichtlich immer schwerer wird, objektiv urteilende Richter zu bekommen. Es ist wohl hinter den Kulissen die Parole ausgegeben worden, Stürzenberger zu verurteilen, koste es, was es wolle. Selbst wenn es auch die Gerechtigkeit kostet. Hier mein Kommentar direkt nach der Urteilsverkündung:

Die Linken in Fürth haben sich aber mit dieser gerichtlichen Drangsalierung keinen Gefallen getan, denn die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) plant als Reaktion darauf bereits eine kräftige Kundgebung in dieser roten Hochburg, um den Bürgern auch hier die Aufklärung über den brandgefährlichen Politischen Islam näherzubringen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)